

Redaktion, Administration, Druckerei:
 L. Neudruckung Fichtegasse Nr. 11.
 Telefonnummern Redaktion 57565 Serie,
 Administration 1024, Inseratenabteilung 1088.
 Zweite Redaktion Weinberge, Jungmannova 11.

Abonnement für Wien und das Inland:
 Monatsblätter
 Zum Abholen i. Wollzeile 20, Tel. 75443. E 32,000
 oder i. Fichtegasse 11. E 32,000
 Zum Abholen in den Straßen und anderen
 Wiener verschickten Stellen. E 32,000
 Bei täglicher Postveränderung für Wien. E 32,000
 Bei täglicher einmaliger Veränd. in die
 Provinz (Nr. 354 der österr. Zeitung-Liste) E 32,000
 Bei möglich zweimaliger Veränd. in die
 Provinz (Nr. 353 der österr. Zeitung-Liste) E 32,500

Abonnement für das Ausland:

Mit Postveränderung täglich	einmal	zweimal
Czechoslow. Rep. Cz. K.	22	34
Ungarn Ung. K.	10,000	10,000
Jugoslawien	60	62
Deutschland	32,000	---
Polen Poln. Mark	500,000	---
Frankreich	15	---
Italien	20	---
Ungarn	80	---
Rumänien	190	---
Alle übrigen Staaten Schw. Fr.	6	---

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Inseraten-Ausschnitte:
 In unseren Bureaux Wien, L. Fichtegasse Nr. 11
 (Tel. Nr. 1088), L. Wollzeile 20 (Tel. Nr. 75443),
 L. Schulerstrasse 15 (Tel. 75143, 81. Anz.) und bei
 allen Inseraten-Bureaux über in- und Ausland.
 Inserationspreise nach anhängendem Tarif.

Postsparkassenkonten:
 Wien.....Nr. 23.022 | Agram.....Nr. 42.070
 Prag.....Nr. 23.023 | Laibach.....Nr. 20.272
 Budapest.....Nr. 23.024 | Sarajewo.....Nr. 7.023
 Warschau.....Nr. 100.174.

Postcheckkonto Berlin Nr. 122.783.
 Karte bei der Schweizerischen Kreditanstalt,
 Zürich, der Banca Commerciale Italiana, Triest,
 und der Banca Nazionale del Lavoro, Rom.

Einzelverkaufspreise:
 Morgenblatt an Wochentagen oder
 Nachmittagsblatt am Montag
 oder nach zwei Folianten..... E 1200
 Sonn- oder Feiertagsblatt..... E 1500
 Abendblatt..... E 600

Strassenverkauf durch die Kellereuten der Firma
 Wolschlagers L. Wollzeile 11.

Für die an Agenten, Auswärtige oder Verschleierte
 bezahlten Beiträge teilen wir keine Garantie.

Nr. 21230

Wien, Mittwoch, den 17. Oktober

1923.

Im redaktionellen Teil (Kleine Chronik, Lokalbericht, Theater- und Kunstnachrichten, Economist) enthaltene entgeltliche Mitteilungen sind durch + kenntlich gemacht.

Die heutigen Unruhen in Berlin.

Telegramm unseres Korrespondenten.
 Berlin, 16. Oktober.

Die Erwerbslosendemonstration vor dem Berliner Rathaus nahm in den Mittagsstunden größere Dimensionen an. Die Zahl der Demonstranten, die sich vor dem von einem Polizeiaufgebot gesicherten Rathaus und in den anliegenden Straßen angesammelt hatten, betrug 8000 bis 10.000. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Besonders fiel der große Prozentsatz der Frauen unter den Verhafteten auf, die nur unter heftigem Sträuben auf die bereitstehenden Autos verladen werden konnten. Die Menge versuchte, ein Auto, auf dem sich verhaftete Unruhehelfer befanden, anzuhalten und die Freilassung der Verhafteten zu erzwingen. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, bei dem es aufseiten der Demonstranten mehrere Verwundete gab. Weitere Zwischenfälle ereigneten sich auch in anderen Straßen der inneren Stadt, durch die Demonstranten in großen Massen, die Internationale singend, zogen. Den Passanten, die nicht freiwillig den Hut abnahmen, wurde der Hut vom Kopfe geschlagen. Die Straßenbahnwagen wurden angehalten und von der Plattform aus aufreizende Reden gehalten. Auch vor der Börse hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die das Gebäude zu stürmen drohte. Das Polizeiaufgebot sorgte für die Aufrechterhaltung der Ruhe, doch konnte nicht verhindert werden, daß ein Bankier, der gerade aus dem Börsegebäude trat und den Wagen bestiegen hatte, aus dem Wagen gezerrt und mißhandelt wurde.

Um die Mittagsstunde flaute die Erregung der Menge ab, als bekannt wurde, daß eine Kommission der Erwerbslosen in Begleitung mehrerer kommunistischer Stadtverordneten zum Bürgermeister vorgehen worden war. In der zweiten Nachmittagsstunde gelang es der Polizei, die Demonstranten zu zerstreuen. Die Ruhe ist seither nicht wieder hergestellt worden. Die Demonstrationen waren anscheinend planmäßig vorbereitet und wurden von kommunistischen Führern geleitet.

Empfang des deutschen Geschäftsträgers durch Poincaré.

Telegramm unseres Korrespondenten.
 Paris, 16. Oktober.

Die Pariser Abendblätter berichten offiziell, daß Poincaré morgen den deutschen Geschäftsträger, Botschaftsrat v. Hoesch, empfangen wird, da er heute durch die Veranstaltungen zu Ehren des Präsidenten Masaryk in Anspruch genommen war. Um Duai d'Orsay ist man laut Versicherung von amtlichen Stellen nicht darüber unterrichtet, welche Fragen der deutsche Geschäftsträger zur Sprache bringen wird. Man äußert die Hoffnung, daß es sich hauptsächlich um die finanzielle Sicherung der Sachleistungen handelt, denn nur diese Frage, so bemerkt man weiter, interessiere Frankreich in diesem Augenblicke. Aus diesem Grunde ständen für die französische Regierung auch die Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen immer noch im Vordergrund des Interesses.

Chronikbeilage der „Neuen Freien Presse“.

- „Der Johannistrieb des Buchhändlers Benz.“ von Emil Kläger. Seite 10.
- „Schweizer Eindrücke.“ Seite 10.
- Die 30. Fortsetzung des Romans „Weib in Flammen.“ von Georg Fröschel. Seite 10.

Die Auferstehung eines Volkes.

Erfolge des Sanierungswerkes.
 Von Dr. Siegfried Straßsch.

(Siehe Nr. 21227 der „Neuen Freien Presse“ vom 14. Oktober.)
 Wien, 13. Oktober.

Die Sanierungsaktion Dr. Seipels begann nicht mit einer großen Seite. Ungleich den sozialdemokratischen Träumereien blieb sie sich des Zusammenhanges von Währung und Wirtschaft bewußt und der Notwendigkeit, zugleich mit den Geldmitteln das Vertrauen der Welt zu gewinnen. Was die Währung überraschend schnell stabilisiert hat, war nicht bloß die Zusage ausländischer Anleihen und das Stilllegen der Notenpresse, sondern vor allem die Gewähr, daß es nun endgültig vorüber ist mit den utopistischen Experimenten, die in Oesterreich seit dem Umsturz Besitz und Produktion, Staatshaushalt und Zahlungsbilanz mit unberechenbarer Willkür gefährdet hatten. Diese Gewähr hat Oesterreich um den beschämenden Preis der Finanzkontrolle durch den Völkerbund erkaufen müssen. Das beschämendste Moment jedoch liegt nicht in der Finanzkontrolle an und für sich, sondern darin, daß wir uns unfähig erwiesen haben, ohne Druck von außen wieder vernünftig zu werden. Denn was für Bewandnis hat es mit den Bedingungen des Völkerbundes, welcher Sinn wohnt der Mission Dr. Zimmermans eigentlich inne? Nichts anderes ist von uns verlangt worden, als was wir selbst längst hätten tun müssen. Schritte, die zur Erneuerung der Staats- und Volkswirtschaft nicht zu umgehen waren, die wegen unserer staatlichen Ohnmacht keine Regierung wagen durfte, obwohl die Einsichtigen aller Parteien längst genau wußten, daß es auf andere Weise in Oesterreich niemals besser, sondern nur immer schlechter werden konnte. Die Verpflichtungen, die Dr. Seipel in Genuß für Gewährung der Anleihe eingegangen war und ihre Anerkennung durch das Verfassungsgezet, für das alle Parteien, auch die Sozialdemokraten, stimmten, haben erst die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen des Sanierungswerkes geschaffen.

Und jetzt, da das Fundament glücklich gelegt und die Währung in einer vor gewaltsamen Zu-

griffen gesicherten Wirtschaft verankert wurde, greift Glich in Glich und Zahn in Zahn in einer Richtung ein, die der bisherigen entgegengesetzt ist. Früher zog nahezu alles, was unternommen wurde, den Staatshaushalt und die Volkswirtschaft noch tiefer in den Morast. Nirgends gab es einen Halt gegen das Gleiten und Stürzen der Währung, des Volkswohlstandes, gegen die Vermehrung des Defizits. Nun führt das Vertrauen in den Staat und in den Wechselkurs der Produktion befruchtendes fremdes Kapital zu. Vertrauen verringert den Geldbedarf der Industrien, die davon befreit sind, aus Angst vor der sinkenden Kaufkraft der Krone übermäßige Lager von Produktionsmitteln anzuschaffen. Das Hamstern fremder Valuten hat keinen Zweck mehr, das Angebot an Devisen überträgt die Nachfrage. So kann die Notenbank deren Ankauf gegen Papierkronen leicht bewerkstelligen und diesen eine immer bessere Deckung geben. Schiebergewinne auf Kosten der weiteren Herabsetzung der Währung sind jetzt auch ausgeschlossen. Der Index, wegen seiner geringen Schwankungen der Gefährlichkeit entkleidet, stellt nicht mehr das Einhalten des Budgetpräliminars in Frage. Durch all das erhält die stabilisierte Krone eine neue feste Stütze und wirkt ihrerseits zurück auf die Produktion, die gefördert, und auf den Konsum, der gebrochelt wird. Der Industrielle bewegt sich weniger schwer, da er wieder weiß, wie teuer ihm die Erzeugung einer Ware zu stehen kommt, wie viel er an Löhnen und Gehältern ausgeben darf und was er an Arbeit dafür beanspruchen muß, um konkurrenzfähig zu sein. Das Verschwenken von Volksvermögen an das Ausland zufolge unrichtiger Kalkulation hat damit sein Ende erreicht und zugleich das Beanspruchen ungeräthfertiger Preise im Inland wegen des unbestimmbaren Risikos der Geldentwertung. Die Produktion rationalisiert sich auf diese Weise, der Verlauf der Arbeit und des Kapitals wird geringer. Löhne und Gehälter sind nicht mehr durch Aufzehrung des Betriebskapitals befristet, sondern durch Mehrwertzeugung verbündet. Die gesündere Basis der Produktion und das schärfere Erkennen ihrer wirtschaftlichen Grenzen wirken vorteilhaft auf das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer und auf die Betriebsintensität zurück. Es wird wieder gearbeitet in Oesterreich, nicht bloß gefordert und gestreikt. Und auch hier wirkt schon die stabilisierte Währung mit. Denn wie hätte sich der Arbeiter zufrieden geben sollen, wenn er etwa am ersten des Monats eine dem Index des Vormonats entsprechende Lohnzulage erhielt, während die Kaufkraft seines Lohnes seit dem Berechnungstag abermals um die

Das heutige Morgenblatt enthält:
 „Juristenzeitung“: „Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.“ von Rechtsanwält Dr. Paul Abel. Seite 18.

Feuilleton.

Der Kreuzweg einer Königin.
 Von Bertha Pauli.

I.
 Vor 130 Jahren, am 16. Oktober 1793, ist die jüngste Tochter der Kaiserin Maria Theresia, Maria Antoinette, Königin von Frankreich, hingerichtet worden. Seitdem gilt „die größte und unglücklichste unter Deutschlands Fürstentöchtern“ — wie Arneht, der Herausgeber ihres Briefwechsels mit dem österreichischen Hofe, sie nannte — meist als eine Schutzpatronin der Reaktion in Frankreich. Das Ende der gequälten Frau durch die Guillotine bedeutet den Anhängern des Königtums die Verewigung, die Transfiguration der „Reino-Martyre“. Ihre unerhörten Leiden, welche eine Anklage gegen die republikanische Freiheit! Ihr Mut, ihre edle Haltung gegenüber ihren Peinigern, welche ein Plaidoyer für den Adel der Geburt, den Wert der Tradition, den Sieg des ewig Gestrigen über den Fortschritt! Marie Antoinette ist eine schmerzreiche Madonna für die Vertreter des Rückschrittes unter den Franzosen. Anders muß die Geschichte der Lieblingschwester Josefs II. dem freieren Urteil erscheinen, das nicht im Banne mittelalterlicher Vorstellungen erstarrt. Wohl ist diese Frau eine Dulderin ohne Gleichen.

Es zu leugnen, wäre Torheit und Rohheit zugleich. Denn auch eine Königin ist ein Mensch und, die große Revolution, die das Recht all dessen verkündete, was Menschenanständig trägt, wurde ihrer eigenen lichten Lehre untreu, indem sie die Könige und ihre Familie hors la loi, außerhalb des Gesetzes, stellte, und eine tiefgebeugte Frau zum Spielball maßloser Grausamkeit machte. Nur die Kriegespsychose eines höchst erregbaren Volkes, die Todesangst vor Verrat, Vernichtung und Untergang seiner Ererungenschaften durch die vordrängenden Heere mächtiger Feinde, nur die wiederholten Bestrebungsversuche zugunsten der eingekerkerten Königin, vermögen das Verhalten gegen sie zu erklären, wenn auch keineswegs zu rechtfertigen. Im Vertrauen auf die gewährleistete Sicherheit des Lebens ihres Mannes und ihres Sohnes hatte sie sich mit den Ihren unter den Schutz der Volksvertretung gestellt. Man nimmt ihr den Gatten und läßt ihn für die Verbrechen seiner Ahnen büßen. Der blutige Kopf ihrer treuen Freundin wird vor ihr Kerkerfenster getragen. Man entweicht der Mutter ihren Sohn. Stundenlang kauert sie täglich vor einem Spalt in der Mauer, um einen Blick des Anbaters zu erhaschen, wenn ihn sein neuer „Erzieher“, der Schuster Simon, auf der Plattform eines Turmes im Temple spazieren führt. Da sieht sie eines Tages das Kind statt in den Trauerkleidern zu Ehren seines Vaters in der Carmagnole, der Zoppe der Blutrevolutionäre; mit seiner dünnen Stimme hört sie vom Munde ihres Kindes ein Loblied auf Marat singen. „Seitdem wählte meine Mutter meinen Bruder nicht mehr sehen“, erzählte die überlebende Tochter der Königin, ihre Mitgefängene, im Bericht über die Vorgänge im Temple.

Ohne Beweis, nur auf Grund des angehäuften Großes gegen sie wird Marie Antoinette angeklagt und beurteilt.

Hälfte gesunken war. Damals wurde zusammengekauft, was man nur konnte, schien doch der unjüngliche Verbrauch noch klüger als der Besitz des täglich wertloser werdenden Papiergeldes. Gegenwärtig schränkt sich der Konsum ein und das Geld wandert wie in der guten alten Zeit in die Sparkasse. Die Spareinlagen sind demnach von 31 Milliarden im September 1922 auf 400 Milliarden im Juli 1923 gestiegen.

Der Staat erweist sich als glücklicher Nutznießer der wirtschaftlichen Umkehr. Die Vermögensabgabe, dieser Demuschuh des ökonomischen Lebens, hatte nicht die Kosten der Aufbringung gedeckt. Jetzt liefert die konsolidierte produktive Wirtschaft überreichlich, was von ihr erwartet wird. Der Ertrag der direkten Steuern übersteigt das Präliminare um 120 Prozent, der Ertrag der indirekten Steuern sogar um 150 Prozent. Man täte übrigens unrecht, die indirekten Steuern nicht ebenfalls überwiegend der Produktion gut zu bringen, da die Arbeiterschaft sie ja durch den Index im Lohn zurück erhält. Den Staatskassen aber sind in den ersten sechs Monaten des Jahres 1923 Mehreingänge an Steuern in der Höhe von 800 bis 900 Milliarden zugeflossen. Das Defizit des Staatshaushaltes hat sich dementsprechend von den präliminierten 2033 Milliarden Kronen auf 1235 Milliarden Kronen verringert.

Die Produktion, von den ärgsten Fesseln befreit, vermag ihre volkswirtschaftlich wichtigen Funktionen noch in anderer Beziehung auszuüben: Die Funktion, Arbeitsgelegenheit und Verdienst zu schaffen, und die Funktion, den Gütervorrat zu vermehren. So ist die Zahl der Arbeitslosen von 161.360 im Januar auf 83.893 im August des Jahres zurückgegangen. Unsere Produktionsstatistik läßt viel zu wünschen übrig und liefert recht lückenhafte Daten. Immerhin, wer die letzte Messeausstellung besucht hat, der wird wohl den Eindruck einer imposanten Betätigung gewonnen haben, der sich dieses kleine Sechseinhalb-Millionen-Volk hingibt, seitdem man es, einigermaßen geschützt gegen demagogische Erörterungen, wieder ruhig arbeiten läßt. Die heurige Ernte brachte ein Fünftel mehr Getreide als die letzte. Mag Weitergungst das ihrige dazu beigetragen haben, nicht weniger aber hat geholfen, daß der Landwirt nicht mehr im gleichen Maße wie in den Vorjahren durch Arbeitsverweigerung und mangelnden Fleiß verhindert war, die ganze Fläche rechtzeitig und ordentlich zu bestellen. Was das für die Handels- und Zahlungsbilanz bedeutet, ergibt sich daraus, daß die Mehrerzeugung in den vier Getreidearten mit 1.300.000 Meterzentner einzuschätzen ist, demnach den Einfuhrbedarf um rund 400 Milliarden Kronen herabsetzt. Ebenso hat sich der Rübenbau wieder erholen können. Die Fudererzeugung Oesterreichs, die in den ersten Nachkriegsjahren kaum 10 Prozent des Konsums zu decken imstande war, wird heuer schon gut ein Drittel des Konsums selbst befriedigen. Die tägliche Versorgung Wiens mit frischer Milch betrug im September 1922 178.931 Liter. Am 15. September 1923 kamen bereits 457.758 Liter Milch hier an, was abermals eine gewaltige Verringerung des Imports von Nahrungsmitteln darstellt, da der Wert dieser Milchvermehrung etwa 400 Milliarden im Jahr beträgt. Überall regt sich so der Fortschritt und die Schaffensfreude, steigt die Gütererzeugung, vervielfältigen sich die Merkmale, daß unsere wirtschaftliche Abhängigkeit vom Auslande geringer wird. Nicht nur der Staatshaushalt kommt mehr und mehr ins Gleichgewicht, die gesamte Volkswirtschaft steht im Begriff, ihre Leistungsfähigkeit zurückzugewinnen und damit die Währung erst in Wahrheit zu stabilisieren und die Sanierung Oesterreichs zu vollenden. Für das überraschende Tempo, in dem es unter der steten Wechselwirkung dieser Faktoren vorwärts geht, ist nichts bezeichnender als die Tatsache, daß bereits jetzt, wo alles noch im Werden ist, wo noch so viel zu tun übrig bleibt, der Erlös der Völkerbundanleihen nicht im vollen projektierten Ausmaße in Anspruch genommen werden mußte. Jeder Tag aber der Ordnung und des Behaltens auf dem als richtig erkannten Weg wird, wie

unschwer zu prophezeien, die finanzielle Lage des Staates weiter bessern und die gefährdete Stunde, da die ausländischen Darlehen zu Ende sind, hinauschieben. Deren schließliches Versiegen wird eine Volkswirtschaft hinterlassen, genügend erstarkt, um der Währung und der Staatswirtschaft im Bedarfsfalle aus eigener Kraft zur Seite stehen zu können.

Halten wir uns noch einmal die Fülle der sich gegenseitig fördernden, aufwärts helfenden Erscheinungen vor Augen, so erkennen wir klar und unüberleglich, warum die Sanierungsaktion Dr. Seipels Oesterreich dauernd zu helfen vermag und warum das Gleiche nach den Plänen der Sozialdemokraten ausgeschlossen ist. Weil diese die Sanierung den natürlichen Gesetzen entgegen durchführen wollen, welche dem Gebeihen jeder Volkswirtschaft gegeben sind, während Dr. Seipel den seit Jahrhunderten bewährten Grundlagen der Staats- und Volkswirtschaft — der Produktion und der Wirtschaftlichkeit — wieder zu ihrem Recht verhalf. Unser Volk zu ihnen zurückgeführt zu haben, ist sein unvergängliches Verdienst.

Die Verdienste des Bundeskanzlers sind geschichtlich und unvergänglich. Das Ziel der wirklichen Sanierung aber, das er erreichen will, ist nach unserer Ueberzeugung nur zu finden, wenn das freisinnige Bürgertum eine Vertretung erhält, die weder agrarisch noch proletarisch beeinflusst ist.

Die neuen Währungsmaßnahmen in Deutschland.

Von einem Währungspolitiker.

Wien, 16. Oktober.

Nachdem die Kaufkraft der Mark, also der aus der Vorkriegszeit übernommene Goldwert, bis auf den Boden ausgeschöpft ist, muß nun in überstürztem Tempo eine Zwischenlösung gesucht werden, ehe man zu einer Goldnotenbank gelangt. Das Währungspolitische Interim hat wohl in erster Linie den Zweck, die Erfassung der Getreide- und Kartoffelernte zu ermöglichen; man will dem Landwirt ein neues Geld anbieten, zu dem er einigermassen Vertrauen hat und für das er daher die Produkte seiner Wirtschaft hingibt. Der bisherige Ernährungs- und nummehrige Finanzminister Dr. Lütger, vorher Oberbürgermeister der Arbeiterstadt Essen, hat diesen Gesichtspunkt während der letzten Wochen stark in den Vordergrund gerückt und hat es auch durchgesetzt, daß jetzt an dem Plan der Rentenmark (vorher Bodenmark und Neumark) festgehalten wurde, trotzdem er von ernstern Wirtschaftspolitikern nachdrücklich abgelehnt wurde. Zu diesen gehört vor allem der Geschäftsinhaber der Nationalbank Dr. Hjalmar Schacht, der von der demokratischen Partei für das Finanzministerium kandidiert war, aber dieses heute so schwierige Amt nur dann annehmen wollte, wenn man die Idee einer Zwischenwährung fallen läßt. Nun hat man sich doch dazu entschlossen, wobei leider festzustellen ist, daß das Projekt gegenüber der Fassung, die ihm schließlich Dr. Hilferding gegeben hatte, keine Verbesserung, sondern eher das Gegenteil einer solchen erfahren hat.

Nach der jetzt erlassenen Währungsverordnung soll die Papiermark mit ihren Milliarden Scheinen weiter zirkulieren. Daneben wird es dann noch folgende Zahlungsmittel geben: Eine Goldnote der Reichsbank; da sie durch Devisen und auf Gold lautende Warenwechsel gedeckt (also die einzige „echte“ Banknote) sein wird, kann sie am ehesten die volle Wertbeständigkeit zum Gold, zum Dollar, aufrecht erhalten. Aus diesem Grunde wird der Großhandel und die Industrie womöglich nur in dieser Goldnote rechnen. Ob dann die Reichsbank das jetzt gemachte Zugeständnis für die „Goldkonten“ aufrecht erhält, ist fraglich; die Reichsbank hat nämlich Anfang September neben ihrem gewöhnlichen Giroverkehr noch „laufende Rechnung in Kontomark“ eröffnet, wobei eine Kontomark gleich einem Fünftel Dollar zu gelten hat. Die Gutschrift auf solche Konten erfolgte gegen

Devisen, aber man konnte auch bis zu 25 Prozent des Gesamtbeitrages Papiermark einzahlen, die man damit auf dem Rücken der Reichsbank wertbeständig gemacht hat. Neben den Goldnoten der Reichsbank wird dann noch die Goldanleihe (Dollaranleihe) zirkulieren, deren Umlauf durch eine Neuemission von 200 Millionen Goldmark erhöht werden soll. Die erste Tranche von 500 Millionen Goldmark wurde im August 1923 ausgegeben. Diese „wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches“ ist nach zwölf Jahren rückzahlbar und mit 6 Prozent verzinslich. Die Stücke sowie die Zinsscheine werden in Papiermark eingelöst, wobei der Dollar zum Berliner Durchschnittskurs umgerechnet wird. Diese Anleihe konnte (im Gegensatz zu den einige Monate vorher emittierten Dollarscheinen) auch in Papiermark (zum Kurs des Vortages) eingezahlt werden. Tatsächlich zirkulieren jetzt die kleineren Abchnitte (zu einem 1/2, 1, 2, 5 und 10 Dollar) ganz wie Banknoten; diese Abchnitte sind auch in handlicher, banknotenähnlicher Form ausgefertigt. Praktisch war damit schon während der letzten Wochen die Reichsmark bei größeren Zahlungen durch derartige Goldanleihe Scheine ersetzt. Diese Dollarscheine sind damit eine Art verzinsliches Papiergeld geworden, dessen Kaufkraft neben den Papiermarkumlauf hinzutritt, wobei aber die Forderung der Wertbeständigkeit immerhin das Vertrauen zu diesem Zahlungsmittel erhöht hat; dieser Vorzug der Goldanleihe hat allerdings um so schlimmer auf die Umlauffähigkeit der Reichsmark zurückgewirkt, die mit dem Vordringen der Dollarscheine in ihrem Annahmehereich immer mehr eingengt wurde.

Endlich wird es jetzt noch die neuen Rentenmark geben. Sie sind hypothekarisch gesichert; während also die Dollarscheine, die „wertbeständige Anleihe“, laut Reichsgesetz durch die „Gesamtheit der deutschen Privatvermögen“ gesichert sind, werden hier Spezialpfänder gestellt, und zwar Hypotheken auf den landwirtschaftlichen Grundbesitz und Haftungserklärungen von Handel und Industrie. Wir haben schon einmal dargelegt, daß ein so „gedecktes“ Papiergeld nicht viel anderes ist als die „Territorialmandate“, die die Direktorialregierung 1797 ausgegeben hat. Die Rentenmark ist nur insofern besser ausgestattet, als sie zu einem festen Kurs in Rentenbriefen einlösbar ist. Sollte sich also der Markt für diese Pfandbriefe günstig entwickeln (was allerdings wenig wahrscheinlich ist), so wäre immerhin ein gewisses Abschöpfen des Umlaufes möglich. Bedenklich ist das Fallenlassen der ursprünglich beabsichtigten festen Relation zwischen Papiermark und der neuen Rentenmark. Die Geldschulden werden daher auch weiterhin nur auf Papiermark lauten; diese kann aber bei dem heutigen Stadium der Entwicklung nur noch für kleine Zahlungen in Frage kommen, so daß jeder größere Betrag nach einem Börsenkurs oder Index in Goldnoten, Dollarscheine oder Rentenmark umgerechnet werden muß. Die Rentenmark stellt daher nicht einmal ein papierenes Währungsgeld dar, sondern sie wird eben nur ein gestückelter Pfandbrief sein, dessen Kurs in Papiermark schwanken muß. Speziell diese Aenderung an der Hilferding'schen Fassung ist wenig glücklich.

Im übrigen aber bedeuten die Neuemissionen von Dollarscheinen und Rentenmark nichts anderes als neue zusätzliche Kaufkraft. Sie sind daher eine Fortsetzung der Inflation, unter anderem Namen und der Versuch einer Goldwährung ohne Gold. Es bleibt dabei fraglich und wird schließlich von der politischen Entwicklung abhängen, ob die Versprechung der seinerzeitigen vollwertigen Einlösung eine solche Zugkraft ausüben kann, daß die nachteiligen Folgen der Ausgabe neuer Kaufkraft ohne gleichzeitige Vermehrung des Warenvorrates ausgeglichen wird. Eine Zwischenlösung mag notwendig sein, doch hätten hierfür wahrscheinlich die Dollarscheine der „wertbeständigen Anleihe“ genügt; in diesem Sinne hatte sich zum Beispiel ein bemerkenswertes Gutachten der Hamburger Handelskammer ausgesprochen. Das jetzt angenommene gekünstelte Projekt kann möglicherweise mehr Verwirrung stiften als nützen. Im ganzen genommen kann man nur wiederholen, daß das deutsche Valutaelend nicht ein solches der Währung, sondern der gesamten Wirtschaft ist und nur mit dieser geheilt werden kann.

In letzter Stunde werden ihre Verteidiger ernannt. Sie übten tapfer ihr Amt aus. „Merci pour mes enfants,“ sagt ihnen die Königin. Das Verhör hatte ununterbrochen zwanzig Stunden lang gedauert. Immer wieder mußte Marie Antoinette aufstehen, um zu antworten. „Ich kann nicht mehr,“ ruft sie schließlich, — „Wasser!“ Ein Gebarm gibt ihr zu trinken. Das Schauderhafteste, was eine Krankheit überreizte Phantasie ersinnen kann, wird ihr angetan. Diese Frau, deren tiefes Mutterempfinden ergreifend und eindringlich aus ihren Briefen an die Heimat spricht, sie, von der ihre Gegerin, Frau von Staël, sagte: „Sie ist die zärtlichste Mutter, die ich je gekannt“, wird vor ihren Richtern widernatürlicher Beziehungen zu ihrem achtjährigen Sohne angeklagt. Die Hand ihres Kindes, geführt von Gebert, hat die grauenvolle Beschuldigung unterschrieben. Marie Antoinette verstand nicht gleich das Ungeheure, dessen man sie bezichtigte. Dann sammelt sie den Rest ihrer Kraft, und mit ihrer einst vielbewunderten Fähigkeit, jederzeit das rechte Wort zu finden, spricht sie die im Protokoll des Revolutionstribunals bewahrte Erwiderung: „Ich habe nicht geantwortet, weil die Natur es nicht zuläßt, eine solche Frage an eine Mutter zu beantworten!“ Und hilfesuchend wendet sie sich den Frauen im Auditorium zu, das Weib zum Weibe: „J'en appelle à toutes celles qui peuvent se trouver ici!“ — „Ich appelliere an alle Mütter, die hier zugegen sein mögen!“ Auch die fanatisierten Frauen des Volkes von damals waren nicht von Stein. Man hörte weinen im Zuschauerraum. Die Anklage auf Blutschande wurde nicht weiter berührt.

Ja, die Frau des sechzehnten Ludwig hat ein Golgatha erklimmt. Und wer die Freiheit ehrlich liebt, den Volkshäupter

lehren — daß die Freiheit nicht leben kann ohne eine gleichwertige Alliierte: Die Menschlichkeit. Ueberdies ergibt eine vorurteilsfreie Prüfung des vielumstrittenen Charakters und Lebens dieser Oesterreicherin im Palast der Bourbonen Frankreichs, daß sie keine Reinkultur reaktionärer Grundsätze und Gefühle darstellt, vielmehr eine Uebergangsform bildet zwischen der absolutistischen Glaubenslehre eines absterbenden Herrscherkults und den freieren Regungen und Wünschen einer neuen Zeit. An diesem Zwiespalt ist Marie Antoinette zugrunde gegangen. Ihr Kreuzweg begann nicht erst mit dem Leid, das ein seit Jahrhunderten getreutes, endlich sich aufbäumendes Volk dieser Königin angetan. Eine alleherrscherliche und gewaltige Kabinettspolitik hat die noch kindliche Erzherzogin auf ihre Dornenbahn geführt, die Krone hat diese Königin wund gedrückt, die nach dem Urteil Kaiser Josefs dazu geschaffen war, „liebenswert, tugendhaft und glücklich“ zu sein. Marie Antoinette war ein Opfer der Staatsraison, lange bevor sie eine Beute der Volkswut geworden.

Gegen die drohende Seemacht Englands ein Bollwerk zu schaffen durch ein dauerndes Bündnis zwischen Frankreich, Spanien und Oesterreich, war der Königsgedanke des Ministers Choiseul. Eine österreicherische Erzherzogin als Dauphine in Versailles, Hüterin und lebendiges Pfand dieser „Alliance du Midi“, mußte die Abkehr von der traditionellen Politik veranschaulichen, das Ende des Kampfes gegen die Habsburger, der noch einem Michellien und Mazarin Aufgabe und Ruhm ihres Lebens schien. Le parti des hommes français, der echt französischen Männer, sah die neue Wendung mit scheelen Augen an. Er

Am 26. desselben Monats trat sie die Reise nach Frankreich an. Sie war damals 14 Jahre, 5 Monate und 24 Tage alt. Viele ihrer Biographen, auch die Brüder Goncourt, sprechen irrthümlich von der „fast sechzehnjährigen“ Braut. Beinahe scheint es, als sträubte sie sich gegen die Tatsache, daß ein so kindliches Geschöpf an den Hof der Dubarry geschickt wurde, um den Mannesstamm der Bourbonen forzuzupflanzen. Im Herzen Maria Theresias überwog der Ehrgeiz der Herrscherin die Besürchtungen der sittenstrengen und liebevollen Mutter. Für Frankreich wurde die kleine Marie Antoinette erzogen. Das heißt, man führte sie ein in die Pränche von Versailles, lehrte sie Namen und Würden des französischen Hochadels kennen, gab ihr zwei Pariser Musiklehrer und Monsieur Moverre als Tanzmeister. Zum Mentor des kleinen Mädchens wurde der vom Gesandten Ludwigs XV. in Wien empfohlene Abbé Vermond ernannt, ein glatter, strebamer Diener der Kirche, der die Dauphine nach Frankreich begleitete und es später dort vorzog, schlechte Minister zu machen, statt es selbst zu werden. Als Marie Antoinette in ihrer neuen Heimat eintraf, fanden ihre strengen Kritiker, daß ihr natürlicher Verstand und Mutterwitz den Mangel elementarer Grundlagen des Wissens nicht völlig aufwiegen könne. Maria Theresia hatte ihr ein Heftchen voll sittlicher und religiöser Vorschriften mitgegeben, die von ihrer tiefen Frömmigkeit Zeugnis ablegten. Sie empfiehlt den täglichen Besuch der Messe und des Abendgottesdienstes, warnt vor der gewohnten Ferilität Marie Antoinettes in der Kirche verweist auf die spezielle Verehrung der heiligen Jungfrau, die dem Hause Habsburg stets eine bewährte Fürbitterin gewesen, und mahnt ein-

Die sächsische Gefahr.

Das Verbot der proletarischen Hundertschaften.

Von unserem Korrespondenten.

Dresden, 12. Oktober.

Der lange erwartete Schlag gegen die proletarischen Hundertschaften in Sachsen ist am Samstag gefallen: der Militärbefehlshaber hat sie verboten und aufgelöst. Es bedarf keines Beweises, daß es sich um mehr handelt als nur um diese Kampforganisationen. Das Verbot ist die offene Kriegserklärung an die in Sachsen allmächtigen beiden Arbeiterparteien, deren Macht sich außer auf die Wahlstimmen mehr und mehr auf die Hundertschaften gründete. Das radikalisierte Kabinett Reigier ist seiner besten Hilfspolizei beraubt und kann am Dienstag in der Landtags-Sitzung nur noch ohnmächtige Proteste loslassen.

Ist somit auch der Erfolg für den Augenblick und die nächsten Wochen auf Seiten der Reichswehr, Geßlers und des Bürgeriums, darf man sich doch nicht darüber täuschen, daß es sich um einen dauernden Erfolg nicht handeln kann. Er ist nur äußerlich. So wenig man in Sachsen und im übrigen Deutschland all die zahllosen Rechtsbünde hat unterdrücken können, so wenig kann man es mit ihren Gegnern. In demselben Augenblick, wo der Ausnahmezustand aufgehoben wird — und ewig kann er ja nicht dauern! — sind die Hundertschaften wieder da, gefestigt und verstärkt. Das lehren die Erfahrungen des Sozialistengesetzes und aller anderen Gewaltmaßnahmen in späterer Zeit. Ist somit nur ein verhältnismäßig kurzfristiger Erfolg denkbar, so wird auch er noch beeinträchtigt und vielleicht sogar ganz paralysiert durch die unzweifelhaft eintretende weitere Annäherung der Sozialisten und Kommunisten. Ist das Militär, nur der Politiker ist imstande, abzuwägen, ob das Endergebnis für die Sache der Republik, des Bürgeriums, des inneren Friedens, vor allem aber für die Zukunft von Vorteil sein wird. Das Urteil kann doch wohl nur verneinend lauten, denn ein eng vereinter Sozialismus und Kommunismus müssen Deutschland die schwersten Gefahren bringen. Divide et impera! kann allein die Parole sein, die das Bürgerium gegenüber seinen Feinden anzuwenden hat. Das sächsische Bürgerium hat am eigenen Leibe die Folgen der Linkskampfbewegung seit drei Jahren gespürt. Der Zusammenbruch der Sozialdemokraten und der ehemaligen Unabhängigen hat der B. S. P. bei den letzten Wahlen unerwartete und unleugbare Erfolge gebracht, die das Bürgerium zur völligen Ohnmacht verdammt. Keine andere Rückwirkung kann das Verbot des Militärbefehlshabers haben: die Sozialdemokratie wird noch weiter nach links, der Kommunismus taktisch ein wenig nach rechts gedrängt, die Stoskraft beider Parteien dadurch ungeheuer verstärkt und dem Kommunismus neue Gelegenheiten gegeben, den Sozialismus, der schließlich doch die geringere Gefahr ist, ganz zu umgarnen.

Nur auf einem Wege kann die Rettung kommen, kann aus dem Augenblickserfolg ein wirklicher politischer Dauererfolg werden. Der Militärbefehlshaber Generalleutnant Müller hat diesen Weg in seinem Brief an die sächsische Regierung angedeutet mit dem Schlusssatz: „Eine endgültige Befestigung der Verhältnisse kann daher nur herbeigeführt werden, wenn die Einrichtung der Hundertschaften ebenso wie die aller anderen Selbstschutzorganisationen überhaupt aufhört.“ Dies Wort — nicht die sonstige, ziemlich an den Haaren herbeigezogene Begründung des Verbotes — rechtfertigt den Schritt Müllers. Aber es enthält auch eine Verpflichtung: Was für Sachsen gilt, muß für jedes deutsche Land gelten. Müller selbst hat ohne jede Einschränkung und ganz mit Recht von der Notwendigkeit des Aufhörens aller Selbstschutzorganisationen überhaupt gesprochen. Darin wird ihm jeder bürgerliche Republikaner zustimmen, ja sogar die Sozialisten in Sachsen würden sich unter der einen Bedingung mit der Auflösung ihrer Hundertschaften abfinden, daß auch anderswo, in erster Linie also in Bayern, ebenso verfahren, auch dort all die verschiedenen Kampfverbände aufgelöst werden. Die Gerechtigkeit gebietet, anzuerkennen, daß die sächsischen Linksparteien nicht Bayern vorgegangen,

sondern ihm in der Aufstellung von Schutztruppen gefolgt sind. Man kann es hinnehmen, daß die Nachahmer zuerst getroffen werden — wenn man aber Bayern erneut und dauernd mit anderem Maß mißt als Sachsen, kann die Folge nur eine grenzenlose Verbitterung und Empörung sein. Niemand soll sich darüber täuschen, daß außer den Linksparteien auch das sächsische Bürgerium durchaus unzufrieden ist mit der andauernden Schwäche der Reichsregierung gegenüber München, mit der offensichtlichen Ungerechtigkeit gegenüber den beiden Extremen. Weder Generalleutnant Müller, noch Stresemann, noch Geßler werden einen wirklichen staatsmännischen Erfolg erzielen, wenn sie nicht gleiches Recht gegen links und rechts walten lassen. Müller kann nur in seinem beschränkten Machtgebiet vorgehen, Stresemann und Geßler aber haben alle deutsche Staatsmänner nach gleichen Grundsätzen fürs ganze Reich zu verfahren. Tun sie es, unterdrücken sie alle Selbstschutzorganisationen, folgen sie der Erkenntnis des Generalleutnants Müller, machen sie Reichs- und Staatsbehörden wieder zu den einzigen Trägern der Staatsmacht, dann wird das Verbot Müllers von guten, segensreichen Folgen sein. Tun sie es nicht, ist der Mißerfolg ihnen sicher.

Dr. Otto Bandmann.

An die Frauen Wiens!

Mitbürgerinnen!

Am 21. Oktober ist Wahltag. Wählt gut! Wählt so, daß Ihr einst vor Euren Kindern verantworten könnt, wie Ihr gewählt habt!

Gut wählen, heißt diesmal, für Kandidaten stimmen, von denen Ihr sicher seid, daß sie

1. das Werk von Genf, das Werk des Wiederaufbaus, tatkraftig fördern und zu einem guten Ende führen werden;

2. bei der Durchführung des Genfer Programms dafür sorgen werden, daß der Grundsatz der Opfergleichheit endlich verwirklicht wird, daß also nicht der größte Teil der erforderlichen Opfer vom städtischen Bürgerium aufgebracht werden muß, während andere Schichten der Bevölkerung weit unter ihrer Leistungsfähigkeit belastet werden, wie es bisher gehalten worden ist;

3. in allen politischen und kulturellen Fragen nicht den Geist des Hasses, sondern den Geist des Friedens und der Versöhnung, nicht den Geist der Unbulsamkeit, sondern den Geist der demokratischen Gleichberechtigung, nicht den Geist des Rückschrittes, sondern den Geist freier Entwicklung bewahren und betätigen werden.



Herzmannsky
Mariahilferstr. 26

Komplette Brautausstattungen.

Fertige Herrenwäsche, Kravatten.

Gut wählen, heißt also die Kandidaten der bürgerlich-demokratischen Arbeiterpartei wählen! Mitbürgerinnen! Wählt gut!

Marianne Gainsch.

Die Arbeitslosendemonstrationen in Berlin.

Zusammenstöße mit der Polizei.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 16. Oktober.

Die Unruhen vor dem Berliner Rathaus dauern bis in die ersten Nachmittagsstunden. Sie wurden veranlaßt durch die furchtbare Teuerung, unter der die Bevölkerung leidet. In den östlichen Bezirken und in den nördlichen Vorstädten Neukölln, Lichtenberg, Borschagen usw. bildeten sich größere Züge, von denen einzelne 6000 bis 8000 Mann zählten. Sie waren anscheinend planmäßig vorbereitet und wurden von kommunistischen Führern geleitet. Aus verschiedenen Richtungen marschierten diese Züge, sicher einer bestimmten Parole folgend, nach dem Berliner Rathaus. Einige der Züge wurden unterwegs von der Schutzpolizei aufgehalten. Nachdem die Polizei sie zerstreut hatte, sammelten sie sich aber wieder und setzten den Marsch fort. Gegen 10 Uhr trafen die Züge, von allen Seiten kommend, auf dem Rathausplatz ein, und überall tauchten Agitatoren auf, von denen viele den Sowjetstern in einem Knopfloch trugen, und hielten Ansprachen, in denen sie die ohnedies erregte Menge nach Kräften aufbeizten. Die Redner forderten auf, die Läden zu plündern und das Rathaus zu stürmen.

Die Demonstranten setzten sich größtenteils aus Erwerbslosen beiderlei Geschlechts, aber auch aus mancherlei Elementen dunkler Herkunft zusammen. Sämtliche Geschäfte in der Umgebung schlossen eilends ihre Türen und ließen die Läden herunter. Eine Hundertschaft sowie Schutzmänner, die den Rathausplatz besetzt hielten, waren machtlos. Auf Alarmrufe rüdten auf Lastkraftwagen mehrere neue Hundertschaften eiligst an. Der Oberkommandant der Berliner Schutzmannschaft übernahm selbst die Leitung. Als die Situation immer bedrohlicher wurde, pflanzte die Polizei die Seitengewehre auf und drängte die Menge zurück. An einzelnen Stellen wurde Widerstand geleistet, der aber rasch gebrochen wurde. In einer der Straßen, die am Rathaus vorbeiführen, in der Spandauerstraße, ereigneten sich heftige Zusammenstöße zwischen den Demonstranten und dem übrigen Publikum. Straßenbahnwagen wurden angehalten, junge Burschen holten die Fahrgäste auf die Straße und rissen ihnen die Hüte vom Kopf, als die Menge auf dem Rathausplatz die Internationale aufstimmte. In einer der Straßen wurde ein Bäckerladen geplündert. Die Schutzpolizei griff mit aufgefanzten Bajonetten ein. Es gab mehrere Verwundete. Geschossen wurde aber nicht. Eine große Anzahl von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Gegen 1 Uhr war es der Polizei gelungen, die Hauptstraßen in der Umgebung des Rathauses zu säubern. Nunmehr sammelten sich die Demonstranten an anderen Stellen der inneren Stadt, insbesondere auf dem Dönhofsplatz und auf dem Spittelmarkt, die inmitten des Berliner Geschäftsviertels liegen und die wichtigsten Verkehrszentren sind. Hier kam es zu kleineren Zwischenfällen. Ereignisse von Bedeutung kamen aber nicht vor. Gegen 1 Uhr fand in der Rossstraße in der Nähe des Rathauses eine große Zusammenrottung statt, die einen bedrohlichen Charakter annahm. Ein Polizeikommando eilte herbei. Es wurde von der Menge umzingelt. Als die Demonstranten Miene machten, die Polizeibeamten zu entwaffnen, mußte diese zur Schußwaffe greifen. Zuerst wurden Schreckschüsse in die Luft abgegeben, und als diese keinen Erfolg hatten, wurde scharf geschossen. Vier Demonstranten wurden verletzt, einer soll getötet worden sein. In der Kommandantenstraße, die vom Dönhofsplatz ausgeht, fanden mittags heftige Zusammenstöße zwischen Schutzmannschaft und Demonstranten statt. Die Schutzmannschaft mußte von den

funken, lehrt die Kaiserin: „Vom Dauphin sage ich Dir nichts; Du kennst meine Zurückhaltung in diesem Punkte. Die Frau ist in allem ihrem Gatten untergeordnet und darf keine andere Beschäftigung haben, als ihm zu gefallen und seinen Willen zu tun.“

So ausgerüstet, kam das graziöse, ungewöhnlich tief und fein empfindende Bäckchen aus der Wiener Hofburg, einem schönen, herzlichen Familienleben, in das Verailles Ludwigs XV. „Eine Lilie als Entgelt für die Lilien von Frankreich“, soll Fürst Kannitz gelacht haben. Verailles im Jahre 1770! „Die Luft, die man hier atmet, ist wirklich schlecht“, meinte offenherzig seine damalige Beherrscherin, Mme. Dubarry. Und diese Gräfin von Königs Gnaden war nicht verwöhnt durch die Atmosphäre, in der sie zur schönsten Courtesane von Frankreich herangeblüht war. Ihr Weg zu den Stufen des Thrones führte aus der Gasse durchs Spielhaus. Diese Dame sah am Tisch der vierzehnjährigen Thronfolgerin am Tage der Aufnahme dieser Prinzessin in ihre neue Familie. Der üppige Reiz, die muntere Schlaubeit und Derbheit der Dubarry übten fast unumschränkt ihre Macht über Geist und Sinne ihres königlichen Liebhabers, wiewohl sein Secret, der bezüchtigte Hirschpark, wo junge Schönheiten von 9 bis 18 Jahren zu Idaliischen des Monarchen herangebildet wurden, noch fortbestand. Das gesunde Sauberheitsgefühl der jungen Erzherzogin revoltierte gegen solche Nachbarschaft: „S'est à faire pitié la faiblesse qu'il (Louis XV.) a pour Md. Dubarry qui est la plus sottie et impertinante créature qui soit imaginable“, schreibt sie in urprünglicher Entrüstung mit ihrer großen, unelenken Runderschrift und freier Orthographie an die heiliggeliebte Mutter. Aber Maria

stimmen. Sind Marie Antoinette und der Dauphin nicht seine ersten Untertanen, die den anderen das Beispiel der Ergebenheit für den Souverän zu geben haben? So tief wurzelt auch in dieser hochbefähigten und sittenreinen Herrscherin das allen Kabinettspolitikern gemeinsame Prinzip: Der Zweck heiligt die Mittel, daß sie der Tochter einschärft: „Dissimulez!“ (Heuchle.) Die junge Dauphine mußte noch nicht, wie klug es in ihrer Lage gewesen wäre, den mütterlichen Rat öfter zu befolgen. Sie heuchelte sehr wenig, zu wenig für ihr Wohl. Aber sie konnte schon in den Kinderjahren ihre Fassung bewahren, ihre Tränen hinunterdrücken. Diese Fähigkeit zu betätigen, ward ihr reicher Anlaß.

In den Briefen an die Mutter unterdrückt sie jede Klage. Nur zwischen den Zeilen der artigen französischen Episteln, die bei aller Konvention der Form unbeugsame Eigenart verraten, lugt verstohlen der Schmerz hervor, blinken die Tränen. Die liebe Mutter soll entschuldigen, heißt es in einem der Berichte, daß der Brief so lang ist. „Aber mit Ihr mich zu unterhalten, ist meine einzige Freude.“ Die Dauphine schilbert ihr leeres Tagewerk vom zeremoniösen Leber bis zum Abendbesuch bei den drei altjüngferlichen Töchtern Ludwigs XV., wo sie auf einem großen Divan schlafen darf, bis gegen elf Uhr der König kommt. Der Brief klingt aus in den kleinen Seufzer: „Voilà toute ma journée!“ Der verbuhlte König, ein hämisch-ferischer und ein überlustiger Schwager, die verbitterten „Mesdames tantes“ — das sind die neuen Veroniken. Eine Oberhofmeisterin, die zur Olivarez in „Don Carlos“ Modell stehen könnte, quält das lebensfrische Wiener Kind. Und sein Gatte? Er ist es jahrelang nur dem Namen nach. Nach

hindert sie, ihre Bestimmung zu erfüllen, den Franzosen einen Thronerben zu geben. Schon schimmert die Krönungskrone auf ihrem braunen Haar, und noch immer bleibt der Wunsch des Volkes, die Sehnacht der jungen Souveränin, die hartnäckige Forderung Maria Theresias unerfüllt. Die jüngste Schwägerin der Königin von Frankreich wird früher als sie Mutter eine Sohnes. Marie Antoinette verschluckt ihre Tränen und erweist der Wächlerin jede Aufmerksamkeit, „um ihr Glück nicht zu stören“. Jede Geburt eines Enkelkinds meldet die Kaiserin drohend, vorwurfsvoll, mahnt aber zugleich, keinesfalls üble Laune zu zeigen: „Deine Mittel sind Sanftmut und Geduld.“ Eine Verwandte weist den ihr zum Beistand in der schweren Stunde empfohlenen Arzt zurück. „Ich würde mich wohl immer anvertrauen, wenn ich nur schon so weit wäre!“ bekennt die Königin ihrer Mutter. Welches brennende Verlangen in diesen Worten! Acht Jahre qualvollen Wartens muß sie ertragen. Sie sucht sich zu zerstreuen, „pour ne pas trop penser“.

Allmählich beginnt die Jagd nach Vergnügungen, die ihren Leidensweg zeitweilig verbergen. Wie ein zurückgedrängter Springbrunnen schießt ihr Wiener Temperament empor und macht sich Luft in kleinen Ausgelassenheiten. Diese Königin ist ein Rebell gleich ihrem Schlingling Beaumarchais. Mit kühner Hand zerstört sie den festen Wall, der das Königsidol von seinen Mitmenschen trennt: die Etikette. Sie hat „moderne“ Reagenen, will in Mark den Sonnenaufgang sehen, mit Musikern, Dichtern. Schanielern sprechen, spielt selbst Theater, was beinahe zu einer Palastrevolution führte. Der Adel frohlt, das Volk ist befreit, die Verleumdung zischt. Ein feinsinniger Beurteiler Marie Antoinettes erklärte: „Sie beanspruchte Freiheiten, die in

Siebwaffen Gebrauch machen. Mehrere Demonstranten wurden verwundet. Nachmittags dauerten die Versammlungen an verschiedenen Stellen der inneren Stadt an.

Während der Demonstration am Vormittag begab sich eine Deputation zum Oberbürgermeister, der sie in Gegenwart von anderen städtischen Beamten empfing.

In den Abendstunden kam es in Berlin wieder in den östlichen Stadtteilen zu Ansammlungen und vereinzelt wurden auch Geschäfte ausgeplündert.

Blutige Zusammenstöße mit Plünderern in Mannheim.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Mannheim, 16. Oktober.

Nach den Plünderungen in der Mittelstraße in der Neckarvorstadt sammelte sich gegen 4 Uhr die Menge auf dem Messeplatz.

Strenges Verbot der Teilnahme von Schülern an kommunistischen Veranstaltungen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

München, 16. Oktober.

Generalstaatskommissär v. Kahr hat eine Verordnung erlassen, durch die den Schülern öffentlicher und privater Schulen die Teilnahme an kommunistischen Vereinigungen und Veranstaltungen unter Androhung schwerer Gefängnis- und Geldstrafen verboten wird.

die unklönigliche Herrscherin fliegen ins Zimmer Ludwigs XVI., kursieren in Paris und bei Hofe. Für jedes Vergnügen — ein Nabelstich, ein Dolchstoß für jede selbständige Regung.

für Eltern, Vormünder und Dienstherrn, die wesentlich dulden, daß ihre Kinder oder Angestellten, die die Schule besuchen, diesem Verbot zuwiderhandeln.

Hitler über seine politischen Ziele.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Rom, 16. Oktober.

Der bayerische Nationalistenführer Hitler hat sich zu dem Vertreter des „Corriere Italiano“ über seine Ziele folgendermaßen geäußert: „Wie Mussolini, wollen wir das Prinzip abschaffen, daß eine parlamentarische Mehrheit höher zu stehen hat als der nationale Geist des Landes.“

Von der Lösung der Judenfrage hängt nach Hitler die gesamte deutsche Zukunft ab. Der Kampf muß geführt werden wie vor drei Jahrhunderten zwischen den Ungarn und den Türken und er wird die gleiche Tragweite haben.

Interessant war, was Hitler über die Stellungnahme der bayerischen Nationalisten zu Italien sagte: „Ich kämpfe hier einen verzweifelten Kampf, um den Leuten klarzumachen, daß Südtirol zwischen Italien und Deutschland keinesfalls ein Bankapfel sein dürfte.“

Ueber den angekündigten Marsch gegen Berlin befragt, antwortete Hitler kurz: „Ich bin wie die Spinne, die auf den Tag wartet, der da kommen wird.“

Die Deutsche Rentenbank.

Berlin, 16. Oktober.

Die morgen in Kraft tretende Verordnung der Reichsregierung über die Errichtung der Rentenbank setzt deren Kapital auf 32 Milliarden Rentenmark fest.

trotter und geistvoller Memoirenschreiber, sagt von der Königin: „Je no lui ai jamais vu une journée parlementaire heureuse.“

Zu jener Zeit stand ihr ein Helfer und Tröster treu zur Seite: ihr Mann. Der vornehme und bestrickende Zauber, der dieser Frau innewohnte, lebt nicht nur in schalen Lobpreisungen feiler Hölzlinge fort.

Drei schwere Pflichten hat Marie Antoinette auf sich genommen: Sie sollte die Interessen des Hauses Habsburg und jene Frankreichs einen und vertreten, sollte die Wünsche der Nation mit dem Königtum verfehlen, vor allem aber

mit anderen Staaten getroffene Vereinbarungen entgegenstehen, allen anderen Verpflichtungen im Range vor. Die Rentenbank stellt auf Grund der für sie begründeten Grundschulden und der ihr zu übergebenden Schuldverschreibungen Rentenbriefe aus, die auf 500 Goldmark oder ein Vielfaches davon lauten und jährlich 5 Prozent Zinsen abwerfen.

Einführung eines Danziger Goldens.

Danzig, 16. Oktober.

Die Einführung eines vorläufigen Danziger Goldens ist gesichert. Der Danziger Verkehr wird damit rechnen können, daß bereits in den ersten Tagen der nächsten Woche wertbeständige Zahlungsmittel in Abschnitten von einem Danziger Gulden sowie 50, 10, 5 und 1 Pfennig in Umlauf gesetzt werden.

Präsident Dr. Masaryk in Paris.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Paris, 16. Oktober.

Der Präsident der tschechoslowakischen Republik Masaryk ist heute vormittag um 11 Uhr auf dem Bahnhof Bois de Boulogne in Paris angekommen und von allen offiziellen Persönlichkeiten der französischen Republik empfangen worden.

Die Trinksprüche Millerands und Masaryk.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Paris, 16. Oktober.

Präsident Millerand brachte bei dem zu Ehren des Präsidenten Masaryk gegebenen Galadiner einen Trinkspruch aus, in welchem er unter anderem sagte: „Ihre Anwesenheit, Herr Präsident, ist ein Zeugnis dafür, daß die so glücklich zwischen unseren beiden Nationen begonnene Zusammenarbeit erhalten werden wird.“

Wir sind Frankreich aufrichtig dankbar und werden es stets bleiben. Sie können im Guten und im Bösen auf uns rechnen. Es handelt sich jetzt nicht nur um eine politische, wirtschaftliche und soziale Herstellung, sondern auch um eine moralische und allgemeine geistige Hebung, um eine kulturelle Regeneration. Sie soll uns vor allem einigen. Ich wenigstens widme sub specie pacis alle meine Kräfte der Gesundung und Stärkung der Republik und der Demokratie.

In der auswärtigen Politik haben wir unser Programm durch die Schaffung der kleinen Entente verkörpert. Gegenüber allen unseren Nachbarn richten wir uns nach der Norm, die unsere eigenen Interessen dazu führt, ihre Konsolidierung zu fördern. Beweis dessen ist insbesondere unsere Politik gegenüber Oesterreich und Ungarn. Wir arbeiten unermüdet an der Konsolidierung Zentraleuropas. Ich weiß, daß man hier und da über die Balkanisierung Europas klagt, allein die Gesetze der Geschichte und des Lebens der Völker richten sich nicht nach Normen der Bequemlichkeit, wie der Reisenden im Schlafwagen. In ähnlicher Weise wurden in der Politik auch der sogenannte kleine Mensch und die sogenannten kleinen Völker gefunden. Ich weiß wohl, daß damit nicht bloß den befreiten Völkern, sondern auch den Befreier neue und nicht leichte Probleme erwachsen sind. Ich gebe Ihnen die Versicherung, Herr Präsident, daß wir uns auch dieser neuen Aufgabe vollkommen bewußt sind und ihrer Lösung alle ihre Kräfte ehrlich widmen. Wir respektieren die Friedensverträge und halten an ihnen fest, weil sie im ganzen gerecht sind. Wir stimmen mit Ihnen überein, daß der Friede, insbesondere die Reparationsverpflichtungen ehrlich erfüllt werden sollen. In diesen prinzipiellen Fragen gibt es keinen Streit und kann es keinen geben. In der Gliederung Europas gibt es noch einige Unvollkommenheiten, allein diese lassen sich durch eine friedliche Vereinbarung insgesamt beseitigen. Die Politik Frankreichs war in schwierigen Augenblicken Europas noch stets generös. Deshalb verlassen wir uns in unserem Streben nach der Rekonstruktion Zentraleuropas und damit Europas überhaupt auf die Mitarbeit des generösen Frankreich. Es lebe Frankreich!

Erste innerpolitische Lage in Polen.
Telegramm unseres Korrespondenten.

Warschau, 16. Oktober. Die innerpolitische Situation Polens ist sehr ernst. In der Regierungspresse wird die Explosionskatastrophe in der Warschauer Zitadelle als zweifellos politisches Attentat bezeichnet, ohne jedoch auch nur den geringsten Beweis hierfür anzuführen, während die liberale Presse die Katastrophe als zweifelhafte Folge eines unglücklichen Zufalls darzustellen versucht, ebenfalls ohne die geringsten Beweise für diese Deutung zu liefern. Aber in beiden Lagern wird von Putzsch gesprochen, die unmittelbar bevorstehen.

Zum allgemeinen Erstaunen hört man jetzt, daß die gestern erfolgten 147 Verhaftungen, zum größten Teil aus Intelligenzkreisen, Rechtsanwälte, Künstler, Studenten, nicht wegen der Explosion, sondern wegen Spionageverdachts angeordnet worden seien. Der Wojwode in Kattowitz hat über Nacht Urlaub erhalten und wurde durch einen aus Warschau gesandten Spezialkommissär mit diktatorischen Vollmachten ersetzt. Gestern und heute fanden Ministerratssitzungen über die Lage in Oberschlesien statt.

Bedrohliche Lage in Kattowitz.
Kommunistische Arbeiterdemonstrationen.
Telegramm unseres Korrespondenten.

Warschau, 16. Oktober. Seit gestern strömen gewaltige Arbeitermassen aus verschiedenen Gegenden Polnisch-Oberschlesiens nach Kattowitz, die unter unzweifelhaft kommunistischer Leitung stehen. Gegen mittag ordnete sich heute ein unübersichtlicher Arbeiterzug in der Richtung nach der Wojwodschaft, an dessen Spitze Weiber, Kinder und Invalide marschierten. Das Wojwodschaftsgebäude wird von Militär, Polizei und Mitgliedern des Verbandes ehemaliger Aufständischer geschützt. Gegen letztere, die bekanntlich ausgesprochen nationalistisch gesinnt sind, richtet sich in erster Linie die Wut der kommunistisch orientierten Arbeiter. Bisher ist es zu Gewalttätigkeiten nicht gekommen, die jedoch ernstlich zu befürchten sind.

Bevorstehende Handelsvertragsverhandlungen mit Jugoslawien.
Reise von Delegierten nach Wien.

Belgrad, 16. Oktober. Die Regierung hat die drei Mitglieder der Kommission für den Abschluß eines definitiven Handelsvertrages mit Oesterreich ernannt. Sie werden sich unverzüglich nach Wien begeben.

Die ungarische Anleihefrage vor der Reparationskommission.
Ein grundsätzliches Einvernehmen erzielt.

Paris, 16. Oktober. Die Sektion Ungarn der Reparationskommission hat die Vorschläge an die Reparationskommission, die morgen zusammentritt, im Wortlaut festgelegt. Es ist ein grundsätzliches Einvernehmen erzielt.

Fortsetzung der Liquidierungsverhandlungen mit Ungarn.

Wien, 16. Oktober. Wie wir erfahren, werden in Budapest die Verhandlungen zwischen einer Delegation der österreichischen Bundesministerien und der ungarischen Regierung am 29. Oktober wieder aufgenommen. In diesen Verhandlungen sollen die bereits in mehrfachen Tagungen durchberatenen Fragen der Liquidation des Vermögens des ehemaligen k. u. k. Klerus und des hofararischen Vermögens einer Lösung zugeführt werden. Während des Sommers haben Delegierte der ungarischen Regierung in den österreichischen Archiven und ehemals hofararischen Sammlungen nach solchen Akten und Sammlungsobjekten Erhebungen gepflogen, die von ungarischer Seite unter dem Titel der ungarischen Provenienz in Anspruch genommen werden. Sie haben auch eine recht umfangreiche Liste zusammengestellt und darin Gegenstände aufgenommen, deren Ausfolgung von österreichischer Seite nicht in Betracht gezogen werden kann. Daher ist anzunehmen, daß die bevorstehenden, auf etwa drei Tage abgestellten Budapest Verhandlungen zu keiner vollständigen Klärung der gegenseitigen Ansprüche führen werden, so daß wahrscheinlich noch in diesem Jahre mit einer weiteren Konferenz in dieser Angelegenheit zu rechnen ist. Diese Konferenz wird dann in Wien zusammentreffen. Von österreichischer Seite sind inzwischen die Aufstellungen über alle Forderungen, die gegenüber Ungarn aus der Liquidation des k. u. k. Vermögens sowie aus den von den Nachfolgestaaten Oesterreich und Ungarn gemeinsam zu leistenden Haftungen erwachsen, zusammengestellt worden, so daß Oesterreich jedenfalls über eine ganz beträchtliche Summe von Aktivposten in der zu pflegenden Abrechnung verfügt.

Der Bundeskanzler über die Außenpolitik und über das Wahlbündnis mit den Monarchisten.

In Weidling sprach gestern Bundeskanzler Dr. Seipel in mehreren Versammlungen. Er führte unter anderem aus: Gerade in einer Zeit, in der zwar äußerlich der Weltkrieg bereits vorübergegangen ist, in der aber das deutsche Volk noch lange nicht die Segnungen des Friedens genießt, ist es unsere Pflicht, dem deutschen Stamme, der hier in Oesterreich siedelt, seine Zukunft zu sichern. Aber nicht nur der nationale Gedanke läßt uns jetzt an nichts anderes als die Rettung unseres Landes denken. Wir hängen am neuen Oesterreich auch so sehr, weil mit ihm ein Großteil der rühmlichen Traditionen verknüpft ist, die das alte Oesterreich aufzuweisen hatte. Es liegt uns endlich an diesem Lande so viel, weil wir der Gefahr, es zu verlieren, schon gar zu nahe in die Augen schauen mußten. Seitdem wir nach den Oktoberwahlen 1920 die stärkste Partei in Oesterreich geworden waren, bemühten wir uns beharrlich, den Grundsatz durchzusetzen, daß man in der Zeit der größten Not nur Staatspolitik machen und die reine Parteipolitik zurückstellen müsse. Der Wahlkampf wurde deswegen ein Kampf gegen die Sozialdemokraten, weil sie in der Not des Vaterlandes nicht auf ihre Parteipolitik verzichten wollten. Aber eigentlich dürfen wir uns über dieses Verhalten nicht wundern. Eine Partei, die nur den Klassenkampf kennt, muß immer für die Auflösung sein; sie kann auf die Dauer nicht mit anderen zusammenarbeiten. Das sagen wir nicht aus Vorurteil, sondern wir erproben es, als wir mit den Sozialdemokraten in der Koalition waren. Eine Zusammenarbeit mit anderen freut sie nur solange, als sie allein kommandieren können. Wenn aber die anderen in einer wichtigen Sache sagen: „Bis hierher und nicht weiter“, wenn sie sich nicht terrorisieren und nicht einschüchtern lassen, freut die Sozialdemokraten eine Staatspolitik, die über ihre Parteipolitik hinausgeht, gar nicht. Die Parteien, die mit uns gehalten haben, insbesondere die große deutsche Partei, haben ihre Pflicht erfüllt. Aber dieses Zusammenarbeiten wäre nicht zu machen gewesen, wenn nicht die christlichsoziale Partei so groß und so stark gewesen wäre.

Vor Beginn des gegenwärtigen Wahlkampfes schlossen wir ein Übereinkommen mit der Partei der österreichischen Monarchisten. Es ist falsch, wenn man meint, es gebe erst von jetzt an unter den Christlichsozialen auch Monarchisten. Diese sind immer dagewesen. Es gibt nämlich verschiedene Arten von Monarchisten. Es gibt realpolitisch denkende Monarchisten, die innerhalb der christlichsozialen Partei auch zu jener Zeit ausharrten, als das alte Reich zerbrach und damit manches Ideal untergehen mußte; Monarchisten, die sich damals schon sagten, jetzt heiße es vor allem, uns das Vaterland erhalten. Ich glaube sogar, sie wären unter den Monarchisten immer die Mehrzahl. Es ist daher nicht richtig, daß wir eine Schwankung in unserer Außenpolitik gemacht hätten oder daß unsere Politik von nun an jemand misstrauen müsse, wie die Sozialdemokraten auszusprechen versuchen. In unserer Partei änderte sich nichts, wir blieben die realpolitische Partei, in der alle Platz haben, ob sie Republikaner oder Monarchisten sind. Aber bei den anderen, die neu zu uns kommen,

änderte sich etwas; auch sie stellten sich nunmehr ganz auf den Boden der Realpolitik, ohne ihre Meinung über die an sich oder für unser Land geeignete Staatsform oder ihr Urteil über die Methode, nach der die Veränderung vollzogen wurde, zu ändern. Wenn vielleicht früher einmal jemand gemeint haben sollte, es drohe uns die Gefahr eines Rechtsputches, so kann er jetzt erst recht beruhigt sein. Jene, die mit uns in politischer Gemeinschaft leben und unsere Grundsätze anerkennen, werden immer eine Politik der ruhigen Entwicklung machen.

Schließlich kam der Bundeskanzler auf die Mieterschutzfrage zu sprechen und sagte: In Wahrheit denkt, solange sich der Wohnungsmarkt nicht geändert hat, niemand daran, den Mietern jenen Schutz zu nehmen, den sie brauchen. Reformen anzubahnen, die uns allmählich auch auf diesem Gebiete wieder einem Zustand nähern, der Hausbesitzer und Mieter nach Menschenmöglichkeit befriedigen kann, wird uns aber kein Vernünftiger übelnehmen können.

Versammlungen der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei.

Mittwoch den 17. Oktober:
7 Uhr abends im Saale des Ingenieur- und Architektenvereines, 1. Bezirk, Eichenbachgasse 9, große Wählerversammlung. Redner: Vizepräsident Josef Binz, Frau Marianne Gajlich, Abgeordneter Ottomar Czernin.
1/8 Uhr abends im Gasthause „zur Schönen Schärferin“, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 101, Wählerversammlung. Redner: Vizepräsident Josef Binz, Hofrat Dr. Klang, Bezirksrat Stadler u. a.
7 Uhr abends in der Gastwirtschaft Pohl, 9. Bezirk, Währingerstraße 67, Wählerversammlung. Redner: Oberbaurat Professor Leopold Bauer, Alexius Salzer, Stadtbaumeister Ed. Meißner, Rechtsanwalt Dr. Trnka und die übrigen Wahlwerber.

Stabilisierung und geistige Arbeiter.

Im Artikel unseres heutigen Abendblattes soll es im zweiten Absatz richtig heißen: „Die Sozialdemokraten haben nur eines im Auge, nämlich, daß die künstlich durch die Inflation aufgetriebene Konjunktur nicht heruntergehe, daß ein Abbau der Löhne nicht stattfindet und daß die Macht der Arbeiterschaft durch den sinkenden Geschäftsgang (nicht: Geldwert) keine Verringerung erfahre.“

Juliano.

Wien, 16. Oktober. (Niederösterreichischer Gewerbeverein.) Morgen Mittwoch, 1/7 Uhr abends, findet eine Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines mit folgender Tagesordnung statt: „Das Wirtschaftsprogramm der großdeutschen Volkspartei.“ erläutert von dem Wahlwerber dieser Partei Kammerat Hermann Randl.

Wien, 16. Oktober. (Der Wiener Warenbörseverband und die Nationalratswahlen.) Das Präsidium des Wiener Warenbörseverbandes beruft für Donnerstag den 18. d., 6 Uhr abends, in dem großen Sitzungssaale des Oremiums der Wiener Kaufmannschaft, 4. Bezirk, Schwarzenbergplatz 16, eine Versammlung sämtlicher Mitglieder des Verbandes ein, um die Wünsche und Forderungen der an der Wiener Warenbörse tätigen Kaufmannschaft vor den Wahlen in den Nationalrat zu erörtern. Es werden sprechen: Der Präsident des Verbandes Kommerzialrat Heinrich Rosenberger, der Vizepräsident der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie und des Oremiums der Wiener Kaufmannschaft Josef Binz, ferner Direktor Karl Dren, Ingenieur Max Friedmann und Oremialrat Siegfried Oppenheim. Das Präsidium rechnet mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Aussprache mit dem Erscheinen aller Mitglieder. Gäste sind willkommen.

Wien, 16. Oktober. (Die Frauen und die Wahlen.) Der Verein für politische Fraueninteressen hat einen Fragenbogen ausgearbeitet, der sich mit den wichtigsten aktuellen Frauenforderungen befaßt. Dieser Fragebogen wurde den weiblichen Kandidaten aller Parteien zur Beantwortung übermittelt. Die Antworten werden in einer am Donnerstag den 18. d. um 5 Uhr im Wiener Frauenverband, 1. Bezirk, Eichenbachgasse 11, stattfindenden Versammlung vorgelesen und besprochen werden. Die Frauen werden ersucht, dieser Versammlung zahlreich beizuwohnen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Journalisten- und Schriftstellerverein „Concordia“.

Unser Mitglied Herr Ernst Fleischer ist Montag den 15. d. gestorben.
Das Leichenbegängnis findet Mittwoch den 17. d. um 1/11 Uhr vormittags vom Zentralfriedhofe (S. Tor) aus statt. Die Herren Vereinskollegen werden gebeten, sich zum letzten Geleite zahlreich einzufinden.
Wien, 16. Oktober 1923.
Der Vorstand.

Rennen in der Freudenau
Heute Mittwoch Beginn des Oktober-Meetings
Mzute, den 17. Oktober, Preis vom Kahlenberg Herbst-Handicap

JUWELEN

Vertrauensvoll
wende man sich bei Verkauf von Brillanten, Rubinen, Perlen etc. an Curt RÜCK, VI. Hirschbergstr. 2, Mezz. VII., Josefstadtstr. 48.
Kinderheim Vöslau, Tel. 35
separate Abteilung der Pension Links, für Kinder ohne Begleitung von 4 Jahren aufwärts. 2-4 Liegeterrasse. Fünf komplette vorzügliche Mahlzeiten samt Wohnung

Abbazia, Hotel-Pension Breiner
Heilichste Lage, direkt am Meer. Logis und Balkonzimmer. Pension von 20 Lira aufw. Telegr.-Adr.: Breiner Abbazia. Prospekt auf Verlangen.

Badezimmer-Einrichtungen
S. Friedmann jr.
Wien, I., Weihenstephngasse 26.
Filiale: L. Kolowratring 13.

Hotel „Europa“, Innsbruck
Erstklassiges Küche, volle Pension von K 80,000.

M. ELLENBOGEN
VII., Lindengasse 23
Spezialhaus für Modistenzugehör und Seidenwaren

ERÖFFNET
Samstag den 20. Oktober
Filiale Bauernmarkt
I., Freisingergasse 1
wobei der Verkauf zu den Mariabl.fer Engrospreisen stattfindet.

Biedermeier-
Edwin Grossmann. Wien, I., Spiegele-gasse Nr. 13.

Gebrüder POLLITZER
I. BAUERNMARKT 6-8

Das Haus der Modestoffe
Herbst- und Winterkuren!
Steirisches Parksanatorium Ja en orf bei Graz
Das steirische Meran.

Rottler-Liköre
nur Qualitätsware
Franz Rottler & Söhne, Aspang, N.-Oa., Tel. 11.

Das Entnaarungsmittel
DECAPILON
Überall erhältlich. Chemosan A.-G., Wien, I.

Kommunalzeitung.
Wien, 16. Oktober.
„Keine Sanierung der Gemeinde ohne Sanierung des Staates.“ Von Herrn Dr. Oskar Hein erhalten wir folgende Zuschrift: „Eblliche Redaktion! Mit Bezug auf den im heutigen Morgenblatt Ihres geschätzten Blattes veröffentlichten, über Wunsch der Redaktion geschriebenen Artikel bitte ich um gefällige Bestätigung, daß der Titel redaktionell beigelegt wurde.“

Meine Chronik.
Wien, 16. Oktober.
[Personalmeldungen.] Der Bundespräsident hat dem Oberrechnungsrat beim Stadtschulrat für Wien Karl Kallab den Titel eines Rechnungsdirektors und den Rechnungsräsidenten bei diesem Stadtschulrate Anton Reimer und Hans Eisele den Titel eines Rechnungsrates verliehen. — Morgen Mittwoch entfallen die Empfänge beim Minister für Handel und Verkehr Dr. Schürff in Angelegenheiten des Verkehrsreformorts im Amtgebäude, Stubenring 1, und beim Minister Vaugoin wegen dienstlicher Behinderung. — Kammerfängerin Selma Halban-Kurz, die sich gegenwärtig auf einer jugoslawischen Tournee befindet, wurde von dem serbischen Königspaar eingeladen, in einem Hofkonzert, das aus Anlaß der Taufe des Kronprinzen stattfindet, mitzuwirken. — Der Direktor des Raimund-Theaters Dr. Rudolf Beer erhielt eine Berufung als Lehrkraft an die Akademie für Musik und darstellende Kunst und wird bereits diese Woche den Unterricht aufnehmen.

[Die Antifegelsflügel.] Ueber Nacht ist in Wien eine funkelneue Partei entstanden. Natürlich ist sie „anti“. Wobei vielleicht die Aumerkung gestattet ist, daß die reine Negation zumeist eine gewisse Beschränktheit, ein geringes Stück Scheuklappentums in sich schließt. Die Antifegelsflügel sind gemeint, die nicht übel gewonnen scheinen, den ganzen Segelflug als eitel Humbug zu erklären, die sich mit einem hörbaren Ruck von solchen Zukunftshypothesen beiseite abwenden. Sie haben mit dem angeblich ungeschickten und mißlungenen Arrangement und die ganze Windrichtung paßt ihnen nicht. Sie sind darüber enttäuscht, daß der Weg auf den Waschberg des Asphaltplasters entbehrt, und sie finden es überhaupt mit dem Ernst der Wissenschaft ganz unvereinbar, wenn auf die Massenmugler spekuliert wurde, wenn 10.000 enttäuschten Besuchern ein dröhnendes „Heresepaziert!“ in die Ohren geschrien worden ist. Nun muß ganz

wenig, sogar recht viel Brimborium unermüdlich ist. Mit der Reumuterei, mit altjungferlicher Zimperlichkeit, die an getünchete Wände zu streifen fürchtet, läßt sich heutzutage noch weniger aufsteden als je zuvor. Auch der Segelflug kann der Nachfolger des seligen Herrn Barnum nicht entbehren. Die deutschen und die österreichischen Flieger hätten es wahrscheinlich bei weitem vorzuziehen, wenn es ihnen erspart geblieben wäre, die ihnen heilige Sache durch Veranstaltung von Schauläufen zu fördern. Sie hätten nichts dagegen gehabt, wenn ihnen auf andere Weise die Mittel zuteil geworden wären, ihre Apparate zu vervollkommen, ihre Experimente fortzusetzen und so lange weiter zu proben, bis sie unabhängig von Wind und Wetter vor die Öffentlichkeit hinstreten könnten. Aber das sind fremde und unerfüllbare Wünsche. Gerade wir in Oesterreich brauchen nicht allzu weit in die Vergangenheit der Aviatick zurückzukehren, um auf Männer zu stoßen, die sich in ihre Studierkuben sperren, um dort, spärlich und unzulänglich unterstützt, ihre Lebensarbeit solange fortzusetzen, bis man ihnen anderwärts unter günstigeren Voraussetzungen zuvorkam. Denn wenn auch gerade der Segelflug unabhängiger von Voraussetzungen materieller Natur ist als alle anderen Zweige der Aviatick, so ist es doch nicht ganz gleichgültig, daß die Deutschen, die vorderhand hier noch an der Spitze sind, in einem Lande leben und wirken, wo die Milliarde zum Kleingeld geworden ist und wo Mäcenat sich mehr um die Kosten der morgigen Straßenbahnfahrt als um jene des übermorgigen Segelfluges kümmern, während die französischen Flieger, Angehörige eines Siegervolkes, das Neuzerster daran setzen, auch diesen Vorbeur zu die eigene Eiern zu flechten. Sollen wir nicht aus dem Wettbewerb der Nationen ausgeschaltet werden, dann ist ein Zusammenwirken aller notwendig, derer, die fliegen, und der anderen, die nur zuschauen und die sich nicht durch die Zwischenfälle des Tages zu wohlfeiler Mäzerei verleiten lassen dürfen. Daß Apparate zu spät eintreffen, spricht eigentlich nicht gegen den Segelflug. Und wenn unglückliche Winde wehen, kann eben nicht geflogen werden. Die Piloten fürchten aber weit weniger den eigenen Absturz und ängstigen sich viel mehr um ihre Apparate, um die Früchte jahrelanger geistiger Arbeit und wohl auch mancher Entbehrungen, die sich diese Ingenieure und Studenten auferlegt hatten, um mit bescheidensten Mitteln ihre konstruktiven Gedanken in die Wirklichkeit zu übertragen. Es wäre tröstlich, wenn der anfängliche Wiener Enthusiasmus für den Segelflug in philisterhafte Teilnahmslosigkeit umschlagen würde.

[Chronikbeilage der „Neuen Freien Presse.“] Die Chronikbeilage der heutigen Nummer der „Neuen Freien Presse“ enthält auf den Seiten 10 und 11 „Der Johannistrieb des Zuchthäuslers Penz.“ von Emil Kläger. — Die 30. Fortsetzung des Romans „Weib in Flammen.“ von Georg Fröschel. — „Schweizer Eindrücke.“

[Spenden für die Sammlungen der „Neuen Freien Presse.“] Für den Erweiterungsbau des Ferienheimes in Neulengbach des Vereines „Gute Herzen“ sind uns von Baronin Falberstein 3.000.000 K. und von L. Blum 300.000 K. zugekommen. — Die Beamten der Assicurazioni Generali widmen anlässlich des Ablebens des Prokuristen Siegmund Tauber als Kranzblüte für die Rettungsgesellschaft 817.000 K.

[Ein Reisevortrag von Colin Ross.] Dr. Colin Ross, unseren Lesern aus vielfachen Beiträgen auf das vorteilhafteste bekannt, hielt heute abend im großen Saale der „Urania“ einen Vortrag über seine Erlebnisse und Beobachtungen während seiner Reise über den Kaukasus und durch das moderne Persien. Es war, um dem Publikum die Situation klar verständlich zu machen, nötig, vorerst einige Worte über die politischen Verhältnisse in Südosteuropa und Nordwestasien zu sagen. Colin Ross wies darauf hin, daß die Verbindung mit Persien gewissermaßen ein Monopol der Engländer geworden sei, da die einzig mögliche Route, seit der europäische Landweg über Rußland versperrt sei, über Indien führe. Er konnte aber zugleich betonen, daß die Verhältnisse in Sowjetrußland sich in den letzten Jahren in einem so rapiden Tempo bessern, daß doch wohl bald wieder mit der Erschließung des alten Weges gerechnet werden könne. Die Bilder, die er aus dem Sowjetreiche vorführte, waren geeignet, diese Behauptung durchaus zu bekräftigen. Unter diesen Bildern darf man sich nun keineswegs tote Lichtbilder vorstellen; vielmehr ist es Ross gelungen, unter erheblichen Schwierigkeiten während seiner ganzen Reise das Filmband zu hurbeln, und nachdem er schon gefährdet hatte, daß man ihm die Negative zuguterletzt beschlagnahmen und für immer vorenthalten würde, geschah das Umwahrheitliche, daß er die Aufnahmen in der Tat zu seiner Verfügung erhielt. So ist es nun möglich, die Wanderung in sehr klaren und lebendigen Ausschmitten zu verfolgen. Ross schlug den Weg über Kiew ein, kam nach Waku, von dessen imposantem Dreieckstum Photographien mit phantastischen Kolonnen von Bohrtürmen eine Vorstellung geben, überquerte den Kaspiischen See und gelangte so nach Persien. Hier war das Vordrängen nicht leicht. Denn es gibt im Lande des Schahs eine einzige Eisenbahn, die nur dann fährt, wenn es ihr einfällt, und so muß man das Land auf den sehr primitiven, aber immerhin recht schnellen Postkutschen oder in Karawanenzügen bereisen. Man gewann durch glücklich gewählte Bilder starke Eindrücke von der herrlichen Natur Persiens; man beobachtete das rege, echt orientalisches Leben und erregte Leben und Treiben in den Straßen und Daxanen der Städte; eine Parade lieferte den Beweis dafür, daß die Soldaten des Schahs auf einer ganz ansehnlichen Stufe der Disziplin stehen — eine Wahrnehmung, die übrigens auch auf die Truppen der roten Sowjetarmee zutrifft — und die gigantischen Trümmer unzähliger Ruinen zeugten für die Nachlässigkeit des Orientalen, der seine Häuser flüchtig baut und sie in aller Gemütsruhe verfallen läßt, ehe er nur einen Finger zu ihrer Instandhaltung rühren würde. Dieser Film an sich sprach seine bereite Sprache. Unterstützt wurde seine Wirkung durch den sehr lebhaften Vortrag Colin Ross', der auch in der Episode Wesentliches zu geben wußte und namentlich dort am aufschlußreichsten war, wo in knappster Darstellung der Versuch gemacht wurde, die politische Entwicklung und Stellung Vorderasiens zu deuten und die Rolle, die diesem Gebiete zufällt und in der Zukunft zufallen wird, aus den großen weltpolitischen Zusammenhängen zu begreifen. Der Beifall, der den Vortragenden lohnte, war verdient. Er galt nicht zuletzt auch dem echt deutschen Wagemut, mit dem unter den schwierigsten Verhältnissen der Versuch gewagt wurde, ein seltsames und verschlossenes Stück Welt zu erforschen und zu erobern.

[Pariser Vaudeville.] Aus Paris wird uns geschrieben: An dem Vaudeville „Faut réparer Sophie“, das sich jetzt im Théâtre de la Scala eines Sereinerfolges erfreut, kann man das Wesen eines Pariser Vaudevilles studieren, wenn man sich

Tochter einer Hausbesorgerin, ist mit Zacharias Lébidou, dem Sohne eines Kirchendieners, verlobt. Aber sie wird einmal von ihrem Vater in zärtlichem Gepläuber mit dem Vicomte Raoul de la Cote de Fossés ertappt, der ins Haus gekommen ist, um mit seiner Frau, der kleinen Herzogin Sulpicienne de Beau-dévil, ein Schäferhündchen zu vorbringen und der nun, einer plötzlichen Laune folgend, das hübsche Hausmeisterstochterlein in die Arme nimmt. Ihr Vater, der biedere Hausmeister, aber stellt die kategorische Forderung auf: Die Ehre seiner Tochter muß wiederhergestellt oder, wie er sich vaudevillistisch ausdrückt, Sophie muß repariert werden. Der zweite Akt nun dreht sich um das weiterführende Problem: Wird Sophie repariert werden oder nicht? Es bedarf wohl kaum der ausdrücklichen Versicherung, daß im dritten Akte der so bedrohlich geschürzte Knoten dieses Konflikts wieder festlich entwirrt wird und daß Sophie ihren Zacharias bekommt, während Raoul mit Sulpicienne glücklich wird. Wäre das „Was“ bei einem Vaudeville entscheidend, so müßte diese ziemlich dünne und gewiß nicht allzu geistreiche Handlung einen Durchfall bewirken. Da aber das „Wie“ maßgebend ist und da dieses Vaudeville alle Unver-biengnisse enthält, die dem Pariser Geschmack zuzagen, so wird die brennende Frage, ob Sophie repariert werden wird oder nicht, voraussichtlich noch lange das Theaterpublikum in heiterster Weise beschäftigen.

[Telephonabonnement auf künstlerische Vorstellungen in Deutschland.] Unser Berliner Korrespondent meldet: Das Reichspostministerium veranstaltet heute eine Preisverleihung des Unterhaltungs-rundfunks, wie er in Kürze in Deutschland eingerichtet werden soll. Von Ende Oktober ab werden alle Post-anstalten gegen eine Gebühr von 25 Goldmark für das Jahr Erlaubnis-scheine abgeben. Neben sich genügend Teilnehmer, so daß die Kosten gedeckt werden, dann soll mit dem Dienste begonnen werden. Zunächst wird der Betrieb von Berlin aus für eine Reichweite von etwa 150 Kilometer im Umkreis aufgenommen werden. Später sollen weitere Endstationen, voraussichtlich im ganzen Reiche, besonders eingerichtet werden. Die zweite ist in München in Aussicht genommen. Die Vor-führungen können von Einzelteilnehmern in ihren Woh-nungen sowohl mit Kopfhörern als auch mit Laut-sprechern angehört werden. Diese Empfangsapparate müssen von der Reichspost geprüft und zugelassen sein und sind von jedem Teilnehmer besonders zu erwerben. Für diejenigen, denen diese Kosten zu hoch sind, sollen öffentliche Vorstellungen in Sälen veranstaltet werden, die gegen eine Eintrittsgebühr zu-gänglich sind. Diese verschiedenen Arten des Empfanges wurden den Pressevertretern praktisch vorgeführt. Die Wiedergabe der Vorträge sowie des Gesanges und der Musikstücke war zufrieden-stellend.

[Hofrat Dr. Hans Adler.] Ein Freund des Ver-blichenen schreibt uns: Dr. Hans Adler wurde als Sohn eines Wiener Chirurgen im Jahre 1843 in Wien geboren. Seine Studien absolvierte er an der Wiener Universität und am Wiener Allgemeinen Krankenhaus, war Assistent bei Jäger und Art und dann durch Jahrzehnte Primarius der Augenabteilung im Wiener Krankenhaus. Während seiner Studienzeit fand er in Abt Karl einen gütigen Förderer, der ihm ein Stipendium ver-schied. Er war Gründer des Pensionsinstituts für Arztwitwen und -weifen und durch eine Reihe von Jahren Präses der Witwen- und Waisenanstalt des Wiener medizinischen Doktoren-kollegiums. Dr. Adler hing mit allen Fasern seines Herzens an seiner Vaterstadt, er besaß eine intensive Kenntnis von Alt-Wien und dessen Persönlichkeiten und war daher in der Lage, amüßant zu erzählen, zumal er über ein ausgezeichnetes Gedächtnis ver-fügte. Auf Adler paßte der Ausspruch Nothnagels: „Nur ein guter Mensch kann ein guter Arzt sein.“ — Die Verehrung, deren sich der Verblichene in Arztkreisen erfreute, bewies die große Beteiligung an der Einsegnung, die heute in der Halle des Krematoriums stattfand. An der Spitze des Verblichenen sprach Ministerialrat Dr. Ferdinand Steiner als Präsident des Wiener medizinischen Doktorenkollegiums und pries die Verdienste des Dahingegangenen um die Gründung und Leitung des segensreichen Pensionsinstituts der Letzte. Hofrat Professor Dr. Julius Schnitzler sprach für die Primärärzte des Wiener Spitals und Professor Dr. Moritz Sachs für die Ophthalmolo-gische Gesellschaft. Während war die große Beteiligung von früheren Patienten, denen der Verblichene bis zu seinem Tode ein sorgender Arzt und Freund war.

[Familiennachrichten.] Sonntag fand in der evangelischen Kirche in der Dorotheergasse die Vermählung der Hofschaupielerin Erika Marberg mit dem Architekten Karl Hans Saray statt. Die Trauung vollzog Professor Doktor Zimmermann. Als Trauzeugen fungierten Generalaufseherdirektor Felix Weingartner und das Mitglied des ehemaligen Herren-hauses Willy Sinker. — Gestern fand die Trauung des Fräuleins Annie Carl, Tochter des Dr. Alber Carl, mit Herrn Leo Pollatschek statt.

[Wohltätigkeitsvorstellung.] Von den letzt-jährigen Maturanten des Gymnasiums und des Mädchena-gymnasiums in Hiebing, deren Bühnenleistungen bereits früher in einem Tolstoischen Drama volles Lob geerntet hatten, wurde diesmal zugunsten des „Jugendrotkreuzes“ (Ruhrländerhilfe) und der Schülerhilfe beider Anstalten das an Situationskomik reiche Lustspiel Schopenhauers „Die goldene Spinne“ zur Aufführung gebracht. Die beiden Charakterrollen des Febricitanten Silingen-berg und des Zeichenlehrers Hänfling fanden in den Herren Wolfgang Strümpfel und Fritz Mayerhofer ausgezeichnete Dar-steller. Ihnen standen die Herren Hellmann, der auch die Regie führte, Priesner, Grünberg, Hajek, Lung und Fürst sowie die Damen Kofak, Lins, Katlik, Frankl und Heinz würdig zur Seite. Das flotte Zusammenspiel erhielt das zahlreich erschienene Publikum in anmütigster Stimmung. Vorher führten Schülermädchen der dritten Klasse des Hiebingger Gymnasiums ein von ihnen selbst verfaßtes amüßiges Märchenstück „König Drossel-bart“ auf, dessen farbenprächtige Bilder von Frau Professor Prantl mit feinem Kunstempfinden einkubiert waren. Dem wohltätigen Zweck fliegt ein namhafter Reingewinn zu.

[Das Wetter.] Das Wetter war heute mittig in Mittel-europa bei fallendem Druck vorwiegend heiter. Die Besserung wird aber kaum anhalten. Voraussage: Vorübergehende Verschlechterung, veränderlicher Wettercharakter anhaltend.

[Todesfälle.] Das Leichenbegängnis des gestern ver-schiedenen Generaldirektors der A. E. G.-Mitsion Elektrizitäts-gesellschaft Edmund Heller findet Donnerstag den 18. d. um 1/2 1 Uhr mittags von der Zeremonienhalle des Zentralfriedhofes, 1. Tor, aus statt. — Hier sind gestorben: Frau Berta Dver-hoff geborne Corus am 14. d. im 84. Lebensjahre (Wesigung erfolgte in aller Stille); der Eisenwarenhändler Herr Samuel Carllich (Leichenbegängnis Mittwoch der 17. d. 1/2 12 Uhr, Zentralfriedhof 1. Tor); Frau Josefina Schauenberger am

Sie gehörte 63 Jahre dem Münchner Hoftheater als eines seiner beliebtesten Mitglieder an.

[Geänderte Telephonnummern] Staatskorrespondenz 22-1-92. — Stenographenamt des Nationalrates 22-3-94. — Bankkommanditgesellschaft Rokotnik & Winkler (Notenturmstraße 11) Serie 69-5-15 bis 69-5-18.

Neue Fahrvorschriften für Automobile. Die Forderung der Chauffeure nach Erhöhung der Maximalgeschwindigkeit.

Wien, 16. Oktober.

Die Fahrvorschriften für Automobile in Wien und Oesterreich überhaupt sind veraltet, darüber herrscht nur eine Meinung in den Fachkreisen. Sie sind auch schon dreizehn Jahre alt, denn die Ministerialverordnung, die am 28. April 1910 zur Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen erlassen wurde, ist auch in der Republik unverändert in Geltung belassen worden. Der Automobilverkehr hat in diesen dreizehn Jahren enorm zugenommen, und eine Novellierung der genannten Fahrvorschriften ist zu einer unabweislichen Notwendigkeit geworden. Wie wir wissen, arbeitet bereits seit längerer Zeit ein Ausschuss, der aus Vertretern des Ministeriums für Verkehrswesen, der Polizeidirektion Wien, der Landesregierungen, der automobilistischen Korporationen und der Chauffeure besteht, an der Verfassung zeitgemäßer Vorschriften. Nun sind in allerjüngster Zeit außerhalb dieser Aktion die Organisationen der Chauffeure Oesterreichs mit der dringlichen, gewissermaßen kurzfristigen Forderung nach einer Erhöhung der derzeit erlaubten Maximalgeschwindigkeit an die Behörden herantreten. Nach der zitierten Verordnung ist nämlich innerhalb von Städten und größeren Ortschaften das Maximaltempo eines Kraftfahrzeuges mit 15 Kilometer in der Stunde begrenzt und es muß beim Ueberfahren von Kreuzungen, auf Brücken, bei Passierung enger Gassen, bei Nebel und überhaupt dort, wo die Fernsicht behindert ist, auf sechs Kilometer, also ungefähr auf Fußgänger tempo, reduziert werden. Die Forderung der Chauffeure dürfte in einer Zeit, in der Beschwerden wegen Schnelfahrens der Automobile auf der Tagesordnung sind, überraschend kommen, sie scheint aber, wenn man der Sache auf den Grund geht, nicht unbegründet und begegnet auch bei der Wiener Polizeidirektion, wie aus den nachstehenden Ausführungen hervorgeht, keinem grundsätzlichen Widerstand.

Äußerungen des Chefs des Verkehrsamtes der Polizeidirektion Hofrates Dr. Wagner.

Der Chef des Verkehrsamtes der Wiener Polizeidirektion Hofrat Dr. Wagner erklärte in einer Unterredung mit einer Lokalkorrespondenz, daß die gegenwärtig festgesetzte Fahrgewindigkeit von 15, beziehungsweise 6 Kilometer in der Stunde einem großstädtischen Automobilverkehr gewiß nicht entspreche und den Chauffeuren zugebilligt werden müsse, daß dieses Tempo, das dem eines flottfahrenden Fiakers gleichkomme, der Entwicklung des Autoverkehrs hinderlich ist und in der Tat die Möglichkeit oftmaliger polizeilicher Veranordnungen in sich bergen müsse. Die Polizeidirektion habe sich selbst für eine größere Geschwindigkeitsstarke eingestellt. Die neue Fahrvorschrift, welche im Interesse der Entwicklung des großstädtischen Autoverkehrs eine erhöhte Fahrgewindigkeit wohl vorsehen werde, wird aber auch eine Klausel enthalten, welche die Chauffeure verpflichtet, diese erhöhte Fahrgewindigkeit nicht nach den Buchstaben der Vorschrift, sondern nach den gegebenen Verhältnissen im Straßenverkehr einzurichten. Der Zeitpunkt der Befahrung der Straße habe für den Chauffeur eine wichtige Rolle zu spielen, denn es sei ein großer Unterschied, ob ein Auto um 6 Uhr morgens die Mariahilferstraße befährt, wo sie menschenleer ist, oder in der Nachmittags-, beziehungsweise Abendstunden während der stärksten Frequenz. Daß im letzteren Falle nicht mit der gleichen Geschwindigkeit gefahren werden dürfe wie auf menschenleeren Straßen, sei klar. Das gleiche Moment gelte auch für die Umgebung der Bahnhöfe usw. Schließlich spielt auch die Witterung eine Rolle, denn bei schönem trockenem Wetter ist die Gefahr gewiß nicht so groß wie bei schlechtem Wetter. Jedenfalls wird auch nach Gewährung einer höheren Maximalfahrgewindigkeit diese vom Chauffeur stets so zu wählen sein, daß er die Herrschaft über den Wagen nicht verliert und denselben im Falle der Notwendigkeit jederzeit zum Stehen bringen kann.

Eine allgemeine Erhöhung der Fahrgewindigkeit auf ein Tempo von 30 bis 35 Kilometer per Stunde wie in Deutschland ist in Wien nicht gut möglich. Man muß das bergige Terrain vieler Straßen und die winkligen Gassen, namentlich in der Innern Stadt, und nicht zuletzt den Umstand in Betracht ziehen, daß der Wiener Fußgänger im Straßenverkehr nicht so gut trainiert ist wie die Passanten Berlins und anderer deutscher Städte. Die erhöhte Fahrgewindigkeit ist gewiß im Interesse der Autoindustrie, des Handels und nicht zuletzt in dem der Chauffeure gelegen, aber auch die Bevölkerung Wiens hat ein gutes Recht, geschützt und nicht durch eine Neueinführung benachteiligt zu werden. Es liegt bereits ein Entwurf für eine neue Automobilverordnung vor und in der nächsten Woche soll hierüber die Schlussberatung stattfinden.

Hinsichtlich der Führererscheinziehung, über welche sich die Chauffeure immer wieder beklagen, betonte Hofrat Wagner, daß die Polizei stets sehr rigoros vorgehe. Man

Telephonnummern der „Neuen Freien Presse“

Zentrale: I., Flegelgasse 11.

Redaktion 57-5-65 Serie
Anieratenabteilung 1-88
Administration 70-24

Ankündigungsbureau, I., Wallzeile 20
Stadt-Expedit., I., Wallzeile 20 75-4-43
Steiner Anzeiger, I., Schulerstraße 15

könne ihr doch nicht zumuten, daß sie einen Chauffeur, der in der Trunkenheit oder aus Mitleid einen Menschen durch Ueberfahren getötet hat, den Führerschein beläßt, und dadurch noch weitere Menschenleben gefährdet. Wird aber im Wege der polizeilichen Erhebung über einen Autounfall die Schuldlosigkeit des Chauffeurs festgestellt, dann wird niemals mit der Entziehung des Führerscheines vorgegangen oder, wenn diese im ersten Moment erfolgt sein sollte, wieder rückgängig gemacht. Die scharfen Maßnahmen haben bereits Vorteile gezeigt. Während im Monat Mai die Unfälle im Straßenverkehre auf 150 gestiegen waren, darunter allein 49 Autounfälle, davon 8 mit tödlichem Ausgange, sind diese nach der Erlassung verschärfter Vorschriften im Juni auf 29 Unfälle, davon 4 mit tödlichem Ausgange, und im Juli auf 19 Unfälle, davon 2 mit tödlichem Ausgange herabgesunken.

Die Erste österreichische Segelflugwoche. Keine Flüge am heutigen Tage.

Nachdem am Vormittag, wie bereits im Abendblatte berichtet, infolge ungünstiger Windströmung keine Flüge stattfinden konnten, blieb auch bis zum Abend die Situation unverändert. Der Wind behielt seine geringe Stärke und die Richtung von Ost bei, bei der ein Aufstieg derzeit ausgeschlossen ist. Die zum Start bereitstehenden Apparate, etwa zehn an der Zahl, mußten bei Einbruch der Dämmerung wieder unverrichteter Dinge in die Felte zurückgeschoben werden. Die wenigen Zuschauer, die überhaupt hinausgekommen waren, bestanden hauptsächlich aus Schülergruppen unter Führung ihrer Lehrer.

Wir erhalten von Herrn Benno Die nachstehende Zuschrift: „Seit Eröffnung der Segelflugwoche werde ich in einem Teil der Öffentlichkeit angegriffen und für verschiedene angebliche Fehler im Arrangement verantwortlich gemacht. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Ersten österreichischen Segelflugwoche und um auf deren Verlauf keinerlei Einfluß zu nehmen, behalte ich mir die Erwiderung auf die gegen mich gerichteten Angriffe bis nach Beendigung der Veranstaltung vor. Die Öffentlichkeit wird dann ein vollkommen klares Bild des Entstehens und Verlaufes der Ersten österreichischen Segelflugwoche erhalten.“

Großes Eisenbahnunglück auf der Odra-Friedländer Eisenbahn.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Mährisch-Odrau, 16. Oktober.

Heute vormittags 10 Uhr 15 Minuten ereignete sich auf der Strecke Friedeck-Mährisch-Odrau in der Nähe der Station Ratimau ein schweres Eisenbahnunglück. Der von Friedeck abgehende Personenzug stieß mit dem von der Station Ratimau abgehenden Personenzug zusammen. Der Zusammenstoß war derart heftig, daß die beiden Lokomotiven aus den Schienen gehoben wurden und mehrere Waggons der Züge teils vollständig zertrümmert, teils beschädigt wurden. Bis 12 Uhr mittags wurden aus den einzelnen Waggons fünf Tote geborgen, 57 Personen sind teils schwer, teils leicht verletzt. Der Rettungszug von Mährisch-Odrau erschien erst eine Stunde nach dem ereigneten Zusammenstoß an der Unfallstelle.

Die Lokomotivführer scheinen kein Verschulden zu treffen, da der Zusammenstoß an einer Kurve erfolgte, wo die Führer der Züge den ihnen entgegenkommenden Train nicht rechtzeitig sehen konnten. Es ist wohl auffallend, daß auf dieser einseitigen Strecke zu gleicher Zeit zwei Gegenzüge abgelassen wurden. Es scheint also in der Weichenstellung oder Signalisierung ein Verstoß erfolgt zu sein. Die erste Hilfe leisteten den Verwundeten die Mitreisenden.

Bis zum Abend ist man noch immer mit der Rettungsarbeit beschäftigt. Die Namen der Opfer sind noch nicht festgestellt.

Schilderung eines Augenzeugen.

Ein Passagier schildert den katastrophalen Vorgang folgendermaßen:

Der Friedeck-Zug fuhr mit je zehn Wagen ab. Bis Paskau ging die Fahrt regelmäßig, doch gab es hier einen unverhältnismäßig langen Aufenthalt, ohne daß man den Grund wußte. Schließlich setzte sich der Zug langsam in Bewegung, blieb wieder stehen und fuhr zurück. Als Ursache wurde angegeben, daß die Bremse einen Defekt hatte und daß Wagen ab-

gestellt werden mußten. Dann setzte sich der Zug wieder in Bewegung.

Vor der Station Ratimau, hart bei der Zellulosefabrik, wo die Strecke eine Biegung macht, erfolgte der Zusammenstoß. Man spürte einen starken Ruck und dann noch einen zweiten Stoß. Der Zusammenstoß erfolgte um 10 Uhr 15 Minuten. Der Gepäckswagen des Friedeck-Zuges war zertrümmert, während im anderen Zug der erste Personenzug vollständig zerquetscht wurde. Silberfufte drangen aus den Wagen.

Die unverletzt gebliebenen Passagiere stellten sich in den Dienst des Rettungswerkes. Allmählich wurden die Leichen geborgen. Der Zugsführer des Friedeck-Zuges lag unter dem Kohlenwagen und konnte nur mit großer Mühe geborgen werden.

Die vermutliche Ursache der Katastrophe. Telegramm unseres Korrespondenten.

Prag, 16. Oktober.

Noch am Abend wurde ein Organ der Staatsbahndirektion nach Ratimau entsendet, um die Ursache des Zugszusammenstoßes festzustellen.

Die Hauptschuld am Unglück scheint die Station Paskau zu treffen. Im Laufe des Nachmittags wurden über Weisung der Odrauer Polizeidirektion der Telegraphist Zelinka und der Verkehrsbeamte von Paskau verhaftet. Dem Telegraphisten Zelinka wird zur Last gelegt, daß er ein Telegramm, betreffend die neue Kreuzung in Paskau, entgegengenommen und auch die Zustimmung dazu erteilt hat, ohne jedoch hievon den Verkehrsbeamten zu verständigen, da er der Meinung war, daß das Abkuppeln eines heiß gelaufenen Waggons des Friedeck-Zuges in Ratimau längere Zeit in Anspruch nehmen würde.

Trotz sofortiger telephonischer Verständigung der zwischen Paskau und Ratimau befindlichen Streckenwächter war es nicht mehr möglich, den Zug aufzuhalten, so daß die Katastrophe unvermeidlich wurde.

Infolge Abstellens des heißen Waggons des Friedeck-Zuges, durch welches dieser eine Verspätung von ungefähr 15 Minuten erlitt, wurde ausnahmsweise die Kreuzung der Züge von der Station Ratimau nach Paskau verlegt. Ein Telegramm, das davon Kenntnis gab, war vom Telegraphisten aufgenommen worden, ohne daß davon der Verkehrsbeamte verständigt wurde. Dies scheint die Ursache des Unglücks gewesen zu sein.

Der Ueberfall auf den Warschau-Moskauer Schnellzug.

Moskau, 16. Oktober. (L.-A.)

Ueber den Ueberfall von russischen Banditen auf den Warschau-Moskauer Schnellzug werden nachträglich folgende Einzelheiten bekannt: Der Zug wurde 100 Meilen von der polnisch-russischen Grenze im Innern Rußlands zwischen den Stationen Vorjssow und Orssa um Mitternacht zum Anhalten gezwungen, indem die Attentäter die Geleise von den Eisenbahnschwellen los schraubten. Zehn Räuber mit Gewehren bestiegen den Zug und wickelten mit Gewehrschüssen die schlafenden Reisenden, die in Reich und Glied antraten und sich durchsuchen lassen mußten. Unter den Reisenden befand sich ein Funktionär des britischen Konsulates, der seines Geldes und seiner Kleider beraubt wurde, während die Räuber seinen diplomatischen Koffersack unberührt ließen. Italienschen Kaufleuten, die zur Moskauer Ausstellung fahren wollten, wurden 1000 Dollar geraubt. Der polnische Militärattache in Moskau büßte 100 Dollar ein.

Die Schmuckaffäre „Verlesco“.

Verhaftung des Sekretärs Steiner des Czarkaisers Karl.

Bern, 16. Oktober.

Der gewesene finanzielle Sekretär des Czarkaisers Karl Baron Bruno Steiner de Valmont und dessen Frau Irene geborne Chlendowska sind Sonntag abend unter polizeilicher Bewachung von Paris in der schweizerisch-französischen Grenzstation Porrentruy angekommen.

Baron Steiner wird bekanntlich beschuldigt, große Schwindeleien und Unterschlagungen mit dem Schmuck der österreichischen Kaiserfamilie zum Schaden des Czarkaisers als Agent der Invelenverwertungsgesellschaft „Verlesco“ verübt zu haben. Auch seine Frau ist in die Angelegenheit verwickelt. Die Schadenssumme, die der gewesenen Kaiserfamilie durch die Machenschaften Steiners erwuchs, wird auf drei Millionen Schweizer Franca geschätzt. Steiner und seine Frau wurden nach Bern gebracht und den dortigen Gerichten zur Verfügung gestellt.

Was ist die bürgerlich-demokratische Arbeitspartei?

Das ist die Partei des städtischen Bürgertums, das ist die Partei der guten Wiener.

Darum schaut nicht nach rechts und nicht nach links, sondern wählt die

bürgerlich-demokratische Arbeitspartei